

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104.

Dienstag, den 6. Mai 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## In der Zwickmühle.

Die Reichstagsmehrheit, die noch in diesem Sommer die Militärvorlage erledigen will, steht vor der Wahl zwischen zwei Unmöglichkeiten.

Entweder muß die Rüstungsvorlage zugleich mit den Deckungsvorlagen verabschiedet werden in der Weise, daß die Schlussabstimmung über die Heeresforderungen erst nach Erledigung der Steuerfragen vorgenommen wird — und das ist eine physische Unmöglichkeit — oder aber die Wehrvorlage muß allein verabschiedet, die Lösung der Deckungsfrage dagegen auf den Herbst verschoben werden — und das ist eine moralische und logische Unmöglichkeit.

Im Juni oder spätestens Anfang Juli muß die Rüstungsvorlage unter Dach und Fach sein, wenn sie schon zum 1. Oktober zur Ausführung gelangen soll. Der Reichstag müßte also alle Rüstungs- und Steuerfragen erst in den Kommissionen, dann in zweiter und dritter Lesung des Plenums binnen 4 bis 6 Wochen zur Entscheidung bringen. Das wäre nur möglich, wenn alle Parteien des Hauses in blinder Unterwerfung unter den Willen der Militärverwaltung auf jede sachliche Beratung verzichten würden. Da jedoch die stärkste Fraktion, die Sozialdemokratie, selbstverständlich auf einer gründlichen Erörterung besteht, da überdies unter den militärfreundlichen Parteien in der Deckungsfrage die größte Verwirrung und Uneinigkeit besteht, ist eine solche Erledigung des ganzen Gesetzgebungskomplexes im Einklang von vornherein ausgeschlossen.

Weil man das im bürgerlichen Lager einseht, ist man auf den glänzenden Gedanken verfallen, man könnte doch die Rüstungsvorlage und den einmaligen Beitrag jetzt beschließen, die übrigen Steuerfragen aber, soweit sie sich auf die Deckung der dauernden Mehrausgaben beziehen, erst im Herbst zur Beratung stellen. Damit würde aber der schöne Grundsatz, auf den man sich seit der großen Reichspleite von 1909 eingeschrieben, „keine Ausgabe ohne Deckung“, im Stiche gelassen werden. Den bestimmungslosen Rüstungsanathemern von der nationalliberalen Partei würde auch das keine Kopfschmerzen verursachen. Fürs Zentrum und für die Fortschrittspartei wäre das aber immerhin recht fatal. Haben doch diese Parteien den Satz „keine Ausgaben ohne Deckung“ geradezu zum Rang eines politischen Glaubensprogramms erhoben, und so wären sie eigentlich verpflichtet, die Militärvorlage abzulehnen, solange nicht festgesetzt ist, aus welchen Mitteln sie bezahlt werden soll.

Dazu kommt noch ein anderes. Das Zentrum und die Rechte wollen auch bei der Militärvorlage gemeinsame schwarzblaue Finanzpolitik treiben. Sie haben zwar bei den Reichstagswahlen von 1912 eben wegen dieser Finanzpolitik die Mehrheit verloren, sie hoffen aber, sie wiedergewinnen zu können, indem sie sich dazu unter freundlicher Vermittlung der Regierung ein paar Nationalliberale ausborgen. Die dem Portemonnaie der Besitzenden so gefährliche Sozialdemokratie soll auch bei der Steuererleichterung ausgeschaltet werden; das geht aber nur, wenn die Beratung der Heeresvorlage und der Steuererleichterung so eng wie möglich verbunden werden. Darum tritt der ganze Chorus der konservativen und der Zentrumsprelle auch jetzt noch dafür ein, daß alle Vorlagen gleichzeitig zur Erledigung gelangen.

So meint selbst ein so wilder Rüstungsheger wie der Freiherr v. Zedlitz in der „Post“, es komme jetzt wirklich nicht mehr darauf an, ob die Heeresvorlage ein paar Wochen früher oder später fertig werde. Ja, er schlägt sogar vor, daß sich konservative und Zentrum im ganzen oder wenigstens in einer zur Majoritätsbildung ausreichenden Anzahl zu irgendeiner Form der Erbschaftsbesteuerung verstehen sollten, damit die Deckungsfrage von derselben Mehrheit erledigt werden könne wie die Heeresvorlage. Das ist zweifellos im Sinne der schwarzblauen Politik ein ganz kluger Gedanke, denn eine Erbschaftssteuer, die von den Liberalen mit der Rechte zusammen gemacht wird, dürfte für die Besitzenden erheblich angenehmer ausfallen als eine Erbschafts- oder Vermögenssteuer, die von den Liberalen mit der Sozialdemokratie gemacht wird.

Auf der andern Seite bedeutet aber ein Aufgeben des bisher grundsätzlich festgehaltenen Standpunktes für die Schwarzblauen eine schwere Niederlage. Wenn sie nach allem Geschrei, das sie dagegen erhoben, nun für die „Witwen- und Waisensteuer“ in irgendeiner Form eintreten wollen, machen sie sich einfach lächerlich. Sie stellen damit das frivole Spiel, das sie nach dem bekannten Worte Bülow's mit den Interessen der Monarchie getrieben haben, in unbarbarischer Weise bloß. Daß es auf diesem Wege durchs laudische Joch zu einer

Einigung der Bürgerlichen kommt, ist also in hohem Grade unwahrscheinlich. Und am Ende wäre dann auch dies ein Triumph der Sozialdemokratie, denn die Sozialdemokratie hätte dann die Rechte gezwungen, ein Gesetz anzunehmen, gegen das sie sich jahrelang mit der größten Heftigkeit gestraubt hat.

Die Sozialdemokratie ist nicht der Meinung, daß die Steuererleichterung von denselben Parteien gemacht werden müßte, die die Militärvorlage bewilligen. Sie hält aber fest an dem Grundsatz „keine Ausgabe ohne Deckung“ und sie wird nicht verfehlen, vor der Öffentlichkeit die Parteien zu brandmarken, die den Reichsetat belasten, ohne sich drum zu kümmern, woher das Geld dazu genommen werden soll. Die Zäzager, über die in der letzten Zeit schon soviel Unheil hereingebrochen ist, sind also auch in dieser Beziehung in keiner beneidenswerten Lage. Wohin sie blicken, türmen sich Schwierigkeiten, und wie sie es machen, machen sie es schlecht.

Die Berliner Konferenz weist ihnen den Weg, der sie aus dem Labyrinth führen könnte: Vertagung der Militärvorlagen, zunächst wenigstens auf ein Jahr! Aber die regierende Unvernunft wird ihnen nicht erlauben, ihn zu betreten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Ostpreussische Veteranenspende.

Im vorigen Jahre wurde in ganz Ostpreußen von Haus zu Haus für die 10 000 bedürftigen ostpreussischen Veteranen gesammelt. Man wollte ihnen in diesem Jahre aus Anlaß der Jahrhundertfeier eine „Ehrgabe“ spenden. Nicht nur die Bewohner, sondern auch die Gemeinden gaben Geld; insgesamt ist eine Summe von 400 000 Mark eingekommen. Man glaubte allgemein, das Geld würde unter die bedürftigen Veteranen verteilt werden. Daran denkt aber der Oberpräsident nicht. Er will das Kapital vielmehr zinsbar anlegen und die Veteranen sollen nur einen Teil der Zinsen erhalten. Und zwar sollen in jedem der ostpreussischen Stadt- und Landkreise nur drei Veteranen jährliche Unterstüzungen bekommen. In Ostpreußen würden also von den 10 000 unterstützungsbedürftigen Veteranen nur 117 etwas aus der „Veteranenspende“ erhalten. Der Rest der Zinsen soll zum Kapital geschlagen, und wenn die Veteranen gestorben sind, soll das ganze Kapital der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen zufallen!

In den Kriegervereinskreisen ist nun heftige Empörung gegen diese Pläne des Oberpräsidenten ausgebrochen. Alle Veteranen haben eine Unterstüzung als Jahreshilfsleistung erwartet, und nun sollen sie leer ausgehen. Der Vertreter des Kreis-Kriegerverbandes Königsberg legte gegen den Plan des Oberpräsidenten Protest ein. Die Geber würden nie mit einer Kapitalisierung einverstanden sein. Das Geld unter den Veteranen sei groß; viele Hunderte von berechtigten Unterstüzungsgeforderten seien eingelaufen, und die Witwen rechneten sämtlich mit Bestimmtheit und mit vollem Recht darauf, aus der Veteranenspende eine größere Unterstüzung zu bekommen.

Der Vorstand des Regierungsbezirks-Kriegerverbandes Königsberg wünscht, daß alle bedürftigen Veteranen bis zum Tode Unterstüzungen aus dem Kapital erhalten sollen.

Der Oberpräsident hat nun die Entscheidung des Ministers des Innern angerufen. Die Kriegervereine sind aber auch damit nicht zufrieden; sie erklären, daß der Minister mit der Gelegenheit nichts zu tun habe, Ostpreußen allein habe über die Art der Verwendung der Veteranenspende zu entscheiden.

Diese Vorgänge sind wieder einmal überaus bezeichnend für das „soziale Empfinden“ der preussischen Beamtenhierarchie. Die Veteranen hungern, aber die „Veteranenspende“ soll kapitalisiert werden! Kann man die Veteranen noch schlimmer verhöhnen?

### Fürst Radziwill in nationaler Verrenn.

Der Vorsitzende der polnischen Reichstagsfraktion, Fürst Radziwill, ist bei seinen Landleuten arg in Miskredit geraten. Er hat einen Aufruf zugunsten einer Kaiser-Jubiläumsspende unterzeichnet. Das Bromberger Polenblatt, der „Dziennik Bydgoski“ schreibt hierzu:

„Der Präsident der Fraktion, von welchem wir erwarten durften, daß er mit dem Empfinden unserer Gemeinschaft rechnen werde, achtet also nicht darauf, daß er durch sein Beispiel auf den polnisch-nationalen Geist kompromittierend einwirkt. Wir als Polen haben die Pflicht, gegen dieses Verhalten des Fürsten zu protestieren. Als Präsident der Fraktion hat er mit dem Charakter dieser seiner Stellung zu rechnen. Der einzige Rat, damit der Fürst diese Institution nicht weiter bloßstelle, ist der, man nehme ihm die Präsidentschaft! Das hätte schon längst

geschehen sollen; in der Fraktion herrscht dieselbe Ansicht. Es ist die höchste Zeit, daß man einen energischen Schritt tut, denn die Würde unserer allerhöchsten Vertretung ist einer Gefahr ausgesetzt.“

Dieser Vorstoß charakterisiert treffend die National-Polen: wegen einer gleichgültigen Lappalie wird schweres Geschick aufgeföhren, und die parlamentarischen Handlungen und Abstimmungen des Fürsten Radziwill und seiner übrigen adligen Fraktionskollegen, die einen ununterbrochenen Verrat am polnischen Volke bedeuten, findet man ganz in der Ordnung.

### Konservative Steuerdrückeberger.

Das Treiben der agrarischen Steuerdrückeberger wird selbst konservativen Geistlichen zu arg. Vor einigen Tagen brachte der konservative „Reichsbote“ die Zuschrift eines Pfarrers, in der die Abzugspraxis bei der Steueranlagung der Sinker scharf kritisiert wird. Der Kritiker berief sich dabei auf seine gut konservative Parteigestimmung und meinte, daß mit einer solchen Praxis im Interesse der konservativen Partei gebrochen werden müsse, denn die dadurch hervorgerufene Mißstimmung sei nicht begreiflich, sondern auch berechtigt.

Die letzte Nummer des „Reichsboten“ vom 3. Mai bringt nun abermals drei Briefe von konservativen Pfarrern, die die Ausführunen ihres Amtsbruders bekräftigen und neues Material für junkerliche Steuerdrückeberger beibringen. In dem einen Brief heißt es, daß „weder der Pastor noch irgend ein anderer verstehen, daß der Großgrundbesitzer oder Pächter gegenüber anderen Ständen oft eine sehr reichliche und glänzende Lebenshaltung hat — Kutscher Bediente, viele Mädchen, Gärtner, Förster usw. zu seiner Bedienung — Wild, die schönsten Gartenfrüchte und Blumen umsonst, Milch, Butter, Eier, Fleisch u. a. sehr billig — und die Steuerabzugspraxis es ihm gestattet, nicht selten weniger Einkommensteuer zu zahlen wie der Beamte oder Gewerbetreibende mit sehr mäßigem Einkommen, die das alles entbehren müssen. Diese Stände haben das Gefühl, daß die Steuerabzugspraxis die Großgrundbesitzer und Pächter bevorzugt.“

Ein anderer Pfarrer schreibt: „Im Anschluß an manche Zuschriften, die der „Reichsbote“ veröffentlicht hat, möchte ich darauf hinweisen, daß es geradezu peinlich und bedrückend ist, wenn bekannt wird, daß ein Rittergutsbesitzer, der bisher mit 527 Mk. Einkommensteuer angelegt war, es durch Reklamation dazu bringt, auf 67 Mk., sage „hieb- und schieb“ herabgesetzt zu werden. Und wie lebt der Rittergutsbesitzer, und was gönnt er sich alles. Daß er an seinem Vermögen, das auf Hunderttausende und mehr geschätzt wird, besondere Einbuße erlitten habe, ist nicht bekannt geworden. Es muß durch die famosen Abzüge, die auf Haushaltung usw. gemacht werden, erreicht worden sein. Daß derartige die niederen Klassen der Bevölkerung, wenn sie es hören, sehr verbittern muß, ist begreiflich; man kann sich selbst eines großen Unwillens darüber nicht enthalten.“

Im gleichen Stil sind die anderen Zuschriften an den „Reichsboten“ gehalten. Das konservative Pastorenblatt hat bisher versucht, die Steuerdrückeberger zu verteidigen. Das will ein Geistlicher jetzt nicht mehr gelten lassen. Er schreibt am Schluß seines Briefes, gegen den „Reichsboten“ gewandt: „Nein, der Amtsbruder hat Recht, es ist ein ganz wunder Punkt, der der konservativen Sache schweren Schaden tut. Der Kern unserer konservativen Wähler, die Landwirte, gelten als Drückeberger, die man nicht fassen kann oder will. Leider trifft es nur allzu oft zu. Der Schaden ist sehr groß.“

Der „Reichsbote“ weiß jetzt nichts mehr zu dieser Anklage zu sagen.

### Säht tief blicken!

Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Gardelagen hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Viele liberale Geschäftsleute unserer Stadt, die mit den Dorfbewohnern der Umgebung Verbindungen haben, lehnen es aus Furcht vor dem Boykott der Bündler ab, ein Mandat als Wahlmann zu übernehmen. Darum bitten wir auch die hiesigen konservativen Geschäftsleute, die auf die liberale städtische Bevölkerung rechnen, gleichfalls auf das Mandat als Wahlmann zu verzichten, damit die liberale Bevölkerung aus Selbstachtung nicht dahin gedrängt werde, solche Geschäftsleute zu meiden. Das soll eine Bitte zum Frieden sein.“

Die Konservativen, die sich einer besonders noblen Kampfesweise rühmen, scheinen es im Reiche des Herrn Jordan v. Krüger ja recht nett zu treiben, wenn die Liberalen schon zur Anwendung einer öffentlichen Bitte getrieben werden.



### Freisinnige Jubiläumsergeben.

Der „Vossischen Zeitung“ wird von einem (natürlich heijinnigen) Abgeordneten aus dem preussischen Landtage über das Regierungsjubiläum Wilhelms II. geschrieben: „Man hat Abstand genommen von einer Kundgebung des Abgeordnetenhauses, weil — man höre und staune — in den maßgebenden Kreisen die Befürchtung gehegt wird, daß die Sozialdemokraten diese Kundgebung durch ihr Benehmen stören könnten. Wir halten eine derartige weitgehende Rücksichtnahme auf die paar Herren von der Sozialdemokratie für zu weitgehend und auch für durchaus überflüssig. Es steht ja noch gar nicht fest, daß die Sozialdemokraten des Dreiklassenparlamentes etwas Derartiges planen. Sollten die Sozialdemokraten aber durchaus das Bedürfnis fühlen, ihre politische und gesellschaftliche Unreife darzutun, so würde das der Kundgebung des Hauses durchaus keinen Abbruch tun. Außerdem würden die Protestler durch ein derartiges Verhalten an Sympathie sicher nicht gewinnen. Aus all diesen Gründen würden wir es für verfehlt halten, wenn die oben angeführte Absicht zur Durchführung gelangte. In weiten Kreisen unseres Vaterlandes würde ein derartiges Vorgehen nicht verstanden werden.“

In einem freisinnigen Blatte schreibt das ein jubiläumstoller freisinniger Abgeordneter! Allem Anschein nach Herr Cassel oder Herr Mauban, denen, wie neben vielen anderen die Jahrhundertfeier zeigte, die Ausdringlichkeit im Blute liegt.

### Die Furcht der Wahlwogler.

Die rechtsstehende bürgerliche Presse macht die weitere Öffentlichkeit auf eine Reichsgerichtsentscheidung aufmerksam, nach der sogenannte Wahlkontrolleure vom Wahlvorsteher aus dem Lokal gewiesen werden können, wenn sie „die Wahlhandlung stören“. Es wird an einen Fall angeknüpft, in dem ein sozialdemokratischer „Wahlkontrolleur“ mit dem Wahlvorstand Differenzen wegen dessen Wahlleitung bekam, aus dem Lokal gewiesen wurde und weil er sich zu gehen weigerte, wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Reichsgericht hat, soweit die Gefängnisstrafe in Frage kommt, das Urteil bestätigt. Und die bürgerliche Presse, voran die „Tägliche Rundschau“ teilen dieses Urteil nun mit der Aufforderung mit, die Wahlvorsteher möchten bei der bevorstehenden preussischen Landtagswahl ähnlich gegen unliebsame Wahlkontrolleure handeln. — Die Herren müssen doch ein recht schlechtes Gewissen haben, daß sie einer Kontrolle der Wahlhandlung mit solchen Mitteln begegnen müssen!

### Ein Veteran des Liberalismus gestorben.

Sonntag abend 9 Uhr ist der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete Karl Schrader im Alter von 79 Jahren gestorben. Er hatte vor einigen Tagen noch an der Berliner Trauerfeier für Batho teilgenommen, war dann nach Lübeck gereist und erkrankt zurückgekehrt. Setzt ihn er einer Lungenentzündung erliegen.

Karl Schrader war Braunschweiger. Er gehörte früher der braunschweigischen Eisenbahndirektion an, trat 1872 in die Direktion der Berlin-Magdeburger Eisenbahn ein, in der er bis zum Jahre 1883 verblieb, und seitdem widmete er sich ausschließlich der Politik. 1881 zum ersten Male für den ersten braunschweigischen Wahlkreis in den Reichstag gewählt, vertrat er später Danzig, Landsberg-Soldau und zuletzt Dessau-Zerbst. Bei der letzten Wahl kandidierte er nicht mehr; es mag sein, daß ihm, der wiederholt durch die wachsende Sozialdemokratie aus der Stichwahl und damit aus seinen Kreisen verdrängt wurde, eine Wiederwahl in Dessau-Zerbst aussichtslos erschien, es ist aber auch möglich, daß das hohe Alter ihn veranlaßte, von der politischen Schaubühne abzutreten. Jedenfalls äußerte er, als man ihn bewegen wollte, eine Kandidatur auch im Jahre 1912 anzunehmen: „Meine Wiederwahl würde doch nur bald eine Erziehung notwendig machen.“

Schrader gehörte im Reichstage anfangs der liberalen Vereinigung, einem abgesplitterten linken Flügel der Nationalliberalen, an. Er machte die Fusion in der Fortschrittspartei im Jahre 1884 mit, und als die Fortschrittspartei im Jahre 1893 wieder in die Freisinnige Volkspartei und in die Freisinnige Vereinigung zerfiel, blieb er bei der Freisinnigen Vereinigung, in der er bald eine führende Stellung einnahm. Schrader gehörte trotz seiner liberalen Richtung nie verlogenst haben. Der Willow-Block im Jahre 1907, der die Freisinnigen an die Seite der Linken führte, war ihm recht fatal. In dieser Hinsicht hand er ganz auf dem Boden Theodor Barths, nur daß er nicht, wie Barth, die Konsequenzen aus seiner Beurteilung der Blockpolitik zog. Im April 1907 hielt er als Vorsitzender der Freisinnigen Vereinigung auf dem Delegiertenkongress dieser liberalen Gruppe einen Vortrag, in dem er erklärte, es sei keine Aussicht vorhanden, daß durch den „nationalen Block“ der Liberalismus irgend welchen Nutzen haben werde. Darin die Niederlage der Sozialdemokraten habe die linke Seite im Reichstage eine wesentliche Schwächung erfahren, und schon deswegen sei für liberale Forderungen wenig Hoffnung vorhanden. Er für seinen Teil, wie die freisinnige Vereinigung in ihrer Gesamtheit, hätten auch den Wahlkampf nicht wie die anderen Blockströmer einseitig gegen die Sozialdemokratie geführt, sie hätten es abgelehnt, sich als Regierungskandidaten aufzustellen, und ihre Hauptangriffe gegen die Konservativen gerichtet. — Dieser damals geäußerten Grundgedanke ist Schrader bis an sein Lebensende treu geblieben. Neben der Politik war ihm auch die kirchlich-liberale Bewegung aus Herz gewachsen. Er war der Führer des kirchlichen Liberalismus, dessen Ziele er auf allen Synoden mit Nachdruck verteidigte. Der Liberalismus verliert an Schrader einen seiner tüchtigsten Vertreter.

### Verbrüderliche Geize.

Die „Post“ und die „Kreuz-Zeitung“ verärgern, aus dem sogenannten Affaire auf den badischen Großherzog, über das wir in der heutigen Beilage berichten, für ihre beherrschenden Pläne Kapital zu schlagen. Es paßt diesen Herren Büllern gar nicht, daß der „Attentäter“ ein kranke Mann ist, F. mögen ihn ganz zu einer politischen Verbin-

lichkeit stempeln. Die „Post“ erinnert an Gerüchte über die Vorbereitung irgend eines Anschlages, die vorige Woche am Rhein zirkulierten, und sucht damit einen gewissen politischen Hintergrund herzustellen. Man merkt ihr an, daß es ihr lieber wäre, wenn festgestellt werden könnte, der Mann gehöre einer „Anarchistenbande“ an, als daß er in übertriebener „Humanitätsduselei“ zum Geisteskranken gestempelt wird. Und die „Kreuz-Zeitung“ erklärt mit frecher Unverschämtheit, „der Täter ist Anarchist, das steht bereits fest. Die Verantwortung für derartige Verbrechen fällt aber nicht nur dem internationalen Anarchismus zu, die Sozialdemokratie und die Demokratie bereitet ihm den Boden vor.“ Daß das Verbrechen im Lande des Großherzogs passiert ist, will zwar die „Kreuz-Zeitung“ nicht direkt dem Großherzog zur Last legen, aber: „Steter Tropfen höhlt den Stein, und das sozialdemokratische Gift fällt gerade in den Köpfen von Leuten geistiger Minderwertigkeit auf fruchtbaren Boden.“ Fehlt nur noch, daß die „Kreuz-Zeitung“ ihre Forderung sofort auf ein Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie formuliert. Bei diesen „Köpfen von geistiger Minderwertigkeit“ ist das bekanntlich das einzige und letzte Mittel politischer Weisheit.

### Ein Manöver des Herrn Jordan v. Kröcher.

Aus dem Wahlkreis Salzweber-Gardelegen wird gemeldet, daß der Bund der Landwirte im Einverständnis mit dem Vorstand der konservativen Organisation beschloffen habe, Kröcher wieder aufzustellen, daneben aber den Entscheider Schulz kandidieren zu lassen und den konservativen Wählern freizustellen, für welchen der beiden Kandidaten sie stimmen wollen. Die „Post“ erfährt hierzu aus deutsch-konservativen Kreisen, „die ungewöhnlich anmutende Aufstellung zweier Reichstagskandidaten sei auf augenblicklich vorliegende örtliche Notwendigkeiten zurückzuführen und bedeute noch keine endgültige Lösung der Kandidatenfrage“. Das ganze Manöver wird keinen anderen Zweck haben, als unter allen Umständen die ländlichen Wähler von der Kandidatur des liberalen Bauernbündlers Böhme abzuführen und so unter Umständen die beiden konservativen Kandidaten miteinander in Stichwahl zu bringen. Dann würde der eine zugunsten des anderen verzögert, und der Kreis bliebe in konservativen Händen. Wenn das Manöver nur nicht damit endet, die beiden konservativen Kandidaten gleich beim ersten Wahlgange durchfallen zu lassen.

### Protest gegen Eingeborenen-Mißhandlung.

Der Landesrat für Südwestafrika hat in geheimer Sitzung eine Protestresolution gegen die Übergriffe angenommen, die sich wieder mehrfach Weiße gegen Eingeborene zuschulden kommen ließen. Anlaß dazu scheint das Verhalten des Farmers Cramer gegeben zu haben, der seine Eingeborenen geradezu Viehlich mißhandelt hat. Bei ihm hatte sich die fixe Idee festgesetzt, daß ihn die Eingeborenen verärgern wollten, und deshalb riß er selbst den Frauen die Kleider vom Leibe, um die Unglücklichen dann mit der Mißhandlung entsehlen zu mißhandeln. Das Gericht verurteilte diesen Kulturträger zu vier Monaten Gefängnis, woraus man ohne weiteres auf die Schwere der Mißhandlungen schließen kann. Der Landesrat wollte offenbar verhindern, daß aus diesem Fall Schlüsse allgemeiner Art gezogen werden, und deshalb schwang er sich zu seiner Resolution auf. Die Resolution läßt an Schärfe allerdings nichts zu wünschen übrig, verlangt sie doch, daß gegen solche Menschenfeinde mit Ausweisung vorgegangen werden soll, allerdings erst im Wiederholungsfall. Gleichzeitig werden aber die Gerichte aufgefordert, gegen jähige Viehdiebe und Bagabunden mit größerer Schärfe vorzugehen.

### Österreich-Ungarn.

Der ungarische Reichstag trat am Montag in Budapest wieder zusammen. Die Opposition blieb fern. Die Sitzung selbst hatte weiter keine Bedeutung. Es wurden nur die beiden Vizepräsidenten gewählt und eine Anzahl Ausschüsse ernannt. Am Schluß der Sitzung gab Lukacz die durch das offizielle Telegraphenbureau bekannt gewordene Erklärung in der Montenegrofrage ab.

### Balkan.

Skutari wird geräumt. Wie wir gestern bereits melden konnten, hat Montenegro König sich bereit erklärt, Skutari zu räumen. Das Reutersche Bureau erklärt, zu der Mitteilung ermächtigt zu sein, daß König Nikolaus von Montenegro sich entschlossen habe, Skutari zu räumen.

Aus amtlicher montenegrinischer Quelle verläutet hierzu: Die Krise bezüglich der Forderung nach Räumung Skutaris ist in dem von den Großmächten gewünschten Sinne gelöst worden, da Montenegro sich einer großen Preision Europas gegenüber befand und keine Möglichkeit sah, daß es durch verlängerten Widerstand gelingen könnte, aus dieser Krise siegreich hervorzugehen. Montenegro hat den Mächten nachgegeben und erklärt, das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte zu legen. Der König hat sich im letzten Moment zu diesem schweren Schritt entschlossen. Der König ist überzeugt, hierdurch seinem Lande und seinem Volke gegenüber ein großes Opfer für den allgemeinen Frieden zu bringen, ein Opfer, das einmütig von allen Seiten, sogar unter Androhung des Verlustes der Unabhängigkeit Montenegros, von ihm verlangt wurde. Bei seinem Entschluß ließ sich der König auch durch die Rücksichten auf die Verbündeten leiten, indem er befürchtete, daß, wenn er bei seinem Widerstande beharrte, er ihre mit so vielen Opfern erkaufenen Siege gefährden könnte. In der vergangenen Nacht hat der König durch Bewirtung des englischen Gesandten an Sir Edward Grey eine Depesche geschickt, die in Kürze folgendes besagt: Meine Regierung hat in ihrer Note vom 30. April die Gründe ihres Verhaltens in der Skutari-Frage dargelegt. Dieses Verhalten war durch die unerwäglichen Grundzüge der Gerechtigkeit geleitet. Noch einmal verkünde ich mit meinem Volke meine durch Geschichte und durch Eroberung geheiligten Rechte. Meine Würde und die Würde meines Volkes gestatten mir nicht, isolierten Aktionen nachzugehen. Deshalb lege ich das Schicksal Skutaris in die Hände Europas.

Wie es heißt, muß der Beschluß noch von der montenegrinischen Skupschtina bestätigt werden. Wenn zutrifft — was wir nicht glauben — dann ist es immerhin fraglich, ob die Volksvertretung dem Beschluß Zustimmung gibt. Im Ministerrat war man gegen Räumung, worauf das Kabinett, da Nikolaus auf demselben bestand, demissionierte.

In Wiener Informationen des Bester Lloyd heißt: An dem Tage der Übergabe von Skutari werden Detachements der internationalen Flotte nach Skutari marschieren und von der Stadt im Namen Europas Besitz ergreifen.

Das Reutersche Bureau erfährt: Die Votschaftvereinigung hat in aller Form von dem Entschluß Montenegros Kenntnis genommen. Die Votschaster haben ihrer Befriedigung darüber Ausdruck gegeben. Die Mächte würden jetzt in Verhandlung untereinander treten, um eine Entscheidung treffen, wie und wann Skutari den Mächten übergeben werden sollte. Auf Konferenz sei vorgeschlagen worden, daß die Stadt der Flottenoffizieren übergeben werde, welche die Mächte vertreten, deren Kriegsschiffe jetzt an der Küste liegen. Im Laufe der Besprechung erinnerte Staatssekretär Sir Edward Grey die Votschastervereinigung daran, daß der Statu Albanens bereits bei der ersten Zusammenkunft der Votschaster im Dezember vorigen Jahres geregelt worden sei. Er fügte hinzu, daß Österreich und Italien beantragt seien, die Grundzüge des Planes vorzubereiten, der der nächsten Zusammenkunft der Votschastervereinigung von den Votschastern Österreich-Ungarns und Italiens vorgelegt werden sollte. Er verlas auch einen Entwurf der vorgeschlagenen Friedensbedingungen, der den Regierungen zur Genehmigung unterbreitet werden sollte.

Allgemein hofft man jetzt, daß Österreich-Ungarn und Italien nunmehr ihre Sonderansprüche auf Albanien aufgeben. Nun sie das aber nicht, dann müssen sie nach unserer Meinung durch die übrigen Großmächte dazu gezwungen werden.

Zwischen einem griechischen Kriegsschiff und türkischen Küstenbatterien hat inzwischen an der Küste Kleinasien noch ein Gefecht stattgefunden, bei dem wohl so ziemlich die letzten Schiffe in diesem Krieg gewechselt worden sein werden.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 6. Mai.

Achtung! Schuhmacher! Die Schuhmachergehilfen in Bremen streiken schon vier Wochen. Die Unternehmer haben beschloffen, unter keinen Umständen mit den Gehilfen zu verhandeln, sondern die Organisation zu vernichten und auswärtige Arbeiter einzustellen; sie suchen deshalb in allen Gegenden Streikbrecher. Arbeitsangebote nach Bremen sind deshalb strikte abzulehnen.

Die Bürgerschaft arbeitete gestern in einer vierstündigen Sitzung ihre gesamte Tagesordnung auf. Ein seltener Fall. Das Interesse an den Verhandlungen war sowohl im Saale als auch auf den Tribünen nur sehr minimal. Die Beratungsgegenstände gaben allerdings zu größeren Debatten auch nur sehr wenig Veranlassung.

Zunächst wurden die Bestimmungen der Geschäftsordnung so geändert, daß sie der neueingeführten zweiten Lesung angepaßt sind. Sowohl Senatsträger als auch selbständige Anträge aus der Mitte der Bürgerschaft unterliegen danach der zweiten Lesung, wenn sie nicht mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden angenommen werden. Die Grundlage für die zweite Lesung bilden die Beschlüsse erster Lesung. Die gegen diesen Vorschlag vorgebrachten Bedenken wurden vom Wortführer und vom Genossen Dr. Schömer mit vorschlagenden Ausführungen beseitigt und schließlich die vorgeschlagenen Änderungen der Geschäftsordnung einstimmig beschloffen.

Zu einer längeren Erörterung kam es bei der vom Senat beantragten Bewilligung von 44850 Mk. für die Erweiterung der Dampferanlegebrücke in Travemünde, die bereits in erster Lesung die Bürgerschaft beschäftigt hat. Nachdem aus der Mitte des Vierklassenparlamentes von sachverständiger Seite hervorgehoben worden war, daß man sich mit den vorhandenen Brücken vorläufig noch behelfen könne, wenn entsprechende Anordnungen für das Anlegen der Schiffe getroffen würden, wies die Bürgerschaft die Senatsvorlage an eine Kommission, die auch zugleich zu prüfen hat, ob nicht durch die geplanten größeren Brücken das Fahrwasser der Trave zu sehr eingengt wird. Infolge der Annahme des Antrages auf Kommissionsberatung ist die Ausführung des Projekts in diesem Jahre nicht mehr zu erwarten.

Beschloffen wurde, um einige der wichtigsten zur Beratung gelangten Senatsvorlagen zu erwähnen, die Errichtung einer Kinder- und Wächnerinnenstation sowie eines Asyls für Obdachlose in den Räumen des ehemaligen Wert- und Buchthaus zu St. Annen und der Bau einer Brücke über die Trave bei Recke. Zur Ausfertigung verschiedener berechtigter Wünsche gab die beantragte Herstellung von Radfahrwegen sowie die Feststellung der Pflasterungs-, Wege- und Siedelarbeiten Gelegenheit.

Nicht sehr ungehalten wird der Senat darüber sein, daß die Bürgerschaft die von ihm beantragte Durchführung der Dorebeckstraße sowie den Ankauf des Grundstückes Mengstraße 18 und Günshausen 30 abgelehnt hat. Im letzteren Falle soll nun die Enteignung vorgenommen werden und das erstere Projekt ist auch nach Auffassung des Senates nicht dringend.

Die Uhr war noch nicht halb elf, als die Bürgerschaftsmitglieder nach getaner Arbeit sich den heimischen Penaten oder anderen gastlichen Stätten zuwenden konnten.

Hochwasser meldeten gestern nachmittags kurz vor 5 Uhr die Signallanonen, die schon manchmal durch ihre Schiffe die Anwohner der Trave mit Verdrüss und Schrecken erfüllt haben. Vom Nordosten trieb der Sturm die Wasser der Trave in die Trave, die nachmittags besonders die tiefer gelegenen Stadtteile stellenweise überspülte. So war die Straße An der Obertrave von der Öffnung bis zur Peter-



grübe zum großen Teil unter Wasser gesetzt. An der Untergrube war das Wasser vielfach durch die Ziele in die Gänge und unter dem Straßenniveau befindliche Parterreräume verschiedener derartiger Häuser eingedrungen. In den späteren Abendstunden begann die Flut zu sinken. Auch heute war der Wasserstand noch ein recht hoher.

**Die Detektivkassette in Lübeck** hatte am 1. Mai 1913: 26 217 Mitglieder gegen 23 689 im Jahre 1912. Auf Männer entfielen davon 17 700 (1912 16 561), auf Frauen 8517 (1912: 7128). Erwerbsunfähig krank waren am letzten April 1913: Männer 418 (1912: 372) und Frauen 319 (1912: 298). Auswahlscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im April 1903 (1912: 1636) erteilt. Sterbegeld wurde im April für Mitglieder in 16 Fällen, für Angehörige in 37 Fällen gezahlt. Übertragungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die jagungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 17 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluss an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im April 9 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstags zuntzuletzt in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

**b. Schöffengericht am 6. Mai.** Eine musikalische Auseinandersetzung fand heute im Gerichtssaal statt. Es handelte sich um den Einspruch des Cafésbesizers Sp. gegen den polizeilichen Strafbefehl von 20 Mk., der ihm auferlegt worden war, weil er im Hanfacasé Gesangs- und deklamatorische Vorträge von dem Quartett „Das lustige Kleeblatt“ vortragen ließ, bei denen ein höheres Interesse der Wissenschaft oder Kunst nicht obgelegen habe. Wir haben jeinerzeit ausführlich darüber berichtet. Heute wurden als Sachverständige die Herren Puls, Rechtsanwalt Häfjler und Kapellmeister Kurtwängler vernommen. Puls selbst hat die Kapelle nur bei der Probe gehört, er bestätigt, daß sie als erstklassiges Quartett- und Gesangsensemble im Artistenbuch verzeichnet stehe. Rechtsanwalt Häfjler bezeichnet die Ausübung der Musik als sehr gut. Die Gesangsleistungen zeigten von kräftigen Stimmen, der Vortrag sei mit Geschmack und rein zu Gehör gebracht worden und habe Interesse erweckt. Das Vorgelegene sei über das Handwerksmäßige hinausgegangen, freilich sei das Programm für das Sonntagspublikum zugeschnitten gewesen. An anderen Tagen hätten sich jedoch selbst Opernsänger, die derartigen Künstlern mit einer gewissen Antipathie gegenüberständen, günstig über die Leistungen ausgesprochen. Manche Lieder wiesen ein höheres Interesse auf als z. B. das „Autolobchen“ und derartige Schund im Stadttheater. „Snuten un Poten“, gut vorgetragen, könnten in gewisser Beziehung als künstlerische Leistung gelten. Seichtere Kost sei nur an Sonntagen bei überfülltem Lokal vorgetragen worden, die einzelnen Musiker könne man nicht anders als Künstler bezeichnen. Bei dem Quartett liege ein höheres Kunstinteresse auf alle Fälle vor, und auch die vorgetragenen Volkslieder hätten sofort lautloses Interesse erweckt. Kapellmeister Kurtwängler glaubt, daß wohl bei Couplets ein höheres Kunstinteresse vorliegen könne, wenn sie von wirklichen Künstlern vorgetragen würden. Bei Caruso z. B. könnten auch Couplets künstlerisches Interesse erwecken. Der Staatsanwalt will zugeben, daß die Darbietungen ein höheres Interesse in Anspruch nehmen könnten, es komme aber auf die besonderen Umstände an, und da jene Sachen zu Gehör gebracht worden, die einen solchen Anspruch nicht machen könnten; dazu zähle: „Hoch und platt, für jeden walt“, „Komm kleine Anna“ usw. Ein Café mit den immerwährenden Störungen sei nicht der Ort für reine Kunst. Man wisse auch nicht, ob das Stadttheater zur Ausführung gewisser Stücke besondere polizeiliche Erlaubnis einhole, was auch vom Einspruchserhebenden verlangt werden müsse. Der Verteidiger hält die staatsanwaltliche Meinung, Führung gewisser Stücke besondere polizeiliche Erlaubnis einhole, für unglücklich; das wäre ein höchst trauriger Zustand. Im übrigen seien die „Großen Köpfe“ ein Stück der allerwertvollsten Sorte, deswegen wolle doch niemand behaupten, das Theater wäre keine Stätte der Kunst. Lübeck wolle Großstadt werden. Da dürfe man den Wirten, die dazu beitragen wollen, nichts in den Weg legen. Das Gericht verwarf den Einspruch des Wirtes. Es handle sich insbesondere um die Begleitumstände, und die hätten ergeben, daß an Sonntagen die Leistungen nicht so gute waren, insbesondere könnten einzelne Vorträge dann nur ein höheres Interesse beanspruchen, wenn sie statt im Hanfacasé im Theater von Künstlern vorgetragen würden. Es seien hier Couplets gewöhnlicher Art darunter, die recht leicht seien in Text wie Melodie. Das Gesang mache keine Einschränkungen, es verlange nur Erlaubniseinholung. Diese habe Sp. unterlassen.

**Mai kühl und naß, füllt dem Bauern Scheun und Fog.** Wenn diese alte Bauernregel das richtige trifft, so scheint der Mai ernstlich gewillt zu sein, dem Landmann volle Scheunen und Fässer zu schaffen. Auf die paar reichlich warmen Tage um den 1. Mai herum ist ein Witterungssturz eingetreten, der dem „Bonnemond“ wenig Ehre macht. Am Sonntag war es draußen noch leidlich angenehm, wenn auch etwas regnerisch, trübe und windig; Gestern war es jedoch bedenklich kalt. Die drei gestrigen Herren, von denen zwei dieses Jahr auf das Pfingstfest fallen, scheinen schon ihre Vorkläufer vorausgeschickt zu haben. Wenn es nicht noch zu Nachfrösten kommen sollte, was noch keineswegs ausgeschlossen ist, kommt die nächste Witterung dem Landmann allerdings wie gerufen, da sie den Boden befruchtet und das Ungeziefer vernichtet.

**Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer** für das Jahr 1913 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettel für die Stadt sind, in der Zeit vom 2. bis 10. Mai 1913 bei Vermeidung des Zuschlags der geschuldeten Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbesitz und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

**Konkursverfahren.** Über den Nachlaß des am 7. April 1913 in Lübeck verstorbenen Schneidemeisters C. J. H. Meyerhoff ist am 5. Mai 1913, nachmittags 12.50 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Heinrich Focke in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**pb. Verlorener Schmuck.** Am 30. April d. J. ist auf dem Wege von der Breiten Straße durch die Königstraße bis zur Schildstraße eine goldene Brosche in Form eines Messers und in der Mitte mit einem Brillanten besetzt, verloren gegangen. Ausgeschlossen ist auch nicht, daß die Brosche in dem früheren Leibhause in der Schildstraße, woselbst zurzeit eine Brockenammlung veranstaltet wird, verloren wurde. Der Finder der Brosche wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**pb. Totgefahren.** Tot aufgefunden wurde gestern nachmittags der Kutscher eines hiesigen Fuhrmannes. Der Verlorene hatte für eine hiesige Gärtnerei Lebensbäume gefahren und muß durch irgend einen Umstand vom Wagen gefallen und so überfahren worden sein.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Hiermit sei nochmals auf das morgen stattfindende Ensemble-Gastspiel der „English Classical Play“ hingewiesen, die in zwei Aufführungen zwei der ersten klassischen Lustspiele der englischen Literatur gibt, nämlich Sheridan's köstliche Komödie „Die

Lästerschule“ am Nachmittag und Shakespear's Lustspiel „Der Kaufmann von Venedig“ am Abend. Die Vorstellungen beginnen um 3 1/2 und 8 Uhr. Das Ensemble spielte mit größtem Erfolge in den ersten Städten Deutschlands. — Am Donnerstag geht als Vorfeier zum fünfzigjährigen Geburtstag Hermann Wahrs dessen großangelegtes Schauspiel „Josephine“ in Szene. Wahr gibt in diesem Werk ein vorzügliches, dramatisches Charakter- und in hervorragender Weise auch Kulturbild aus Napoleons erster großer Periode. Die Oper bringt am Freitag, dem 9. Mai, als Neuinszenierung „Der Widerspänstigen Zähmung“ von Goeth. Weiter sei noch mitgeteilt, daß die Direktion von Mittwoch an bis zum Schluß der Spielzeit die einseitige Anfangszeit von 8 Uhr abends festhalten will. Mit dieser Maßnahme soll vielen diesbezüglichen Wünschen entgegengekommen sein. Zur heutigen Aufführung von Briey „Die Schiffbrüchigen“ sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellung ausnahmsweise erst um 8 1/2 Uhr beginnt.

**Zirkus C. Blumenfeld Wwe.,** dieses populäre Unternehmen wird in aller nächster Zeit hier selbst wieder einen ganz kurzen Aufenthalt nehmen, um zu zeigen, daß es auch jetzt wieder ein Programm bieten wird, wie es noch nie zuvor ein Wanderunternehmen gezeigt hat. Durch die immer wachsende Konkurrenz hat dieser Zirkus sein schon immer bedeutendes Unternehmen wohl um das Dreifache vergrößert. Es ist leicht zu begreifen, daß ein solch alteingeführtes Institut darauf bedacht ist, sein Renommee hochzuhalten; die Vorstellungen werden sicher wieder allgemeines Interesse erwecken. Der Zirkus Blumenfeld wird keine äußerliche Prunktschmuck zeigen, destomehr aber eine glanzvolle Ausstattung in seiner Manege.

**w. Mülln. Achtung, Landtagswähler!** Nach einer Bekanntmachung des Magistrats liegen die Abteilungslisten am 7. 8. und 9. Mai im Magistratsbureau zur Einsicht aus. Seht die Listen ein und sichert Euch euer Wahlrecht. Jeder muß wissen, in welcher Abteilung er zu wählen hat. — Nach einem Beschluß der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am ersten Pfingsttage eine Morgentour nach dem „Hohen Bockberg“ statt. Selbstverständlich ist annehmbares Wetter Voraussetzung. Die Teilnehmer versammeln sich morgens 10 1/2 Uhr im Vereinslokal. Je größer die Beteiligung, je interessanter die Tour. Parteigenossen, niemand fehle!

**Kiel.** Mit dem Tode bezahlt hat der Obermaschinenmaat Franke vom kleinen Kreuzer „Magdeburg“ eine leichtsinnige Wette. In der Nacht zum Sonntag hatte er mit zwei Freunden die Wette abgeschlossen, vom Lorenzendam aus den südlichen Teil des Kleinen Kiels zu durchschwimmen. Franke, der ein vorzüglicher Schwimmer war, entließ sich bis auf Stiefel und Unterwäsche und schwamm dann längere Zeit unter Wasser. Blöcklich sank er unter und ertrank. — Hochwasser war hier gestern infolge des starken Nordoststurmes eingetreten.

**Väter und Mütter  
der Arbeiterschaft!**

Schickt eure Schulklassen  
Söhne und Töchter zu den  
Veranstaltungen der :: ::

**Freien Jugend Lübecks!**

**Hensburg, Hochwasser.** Ein seit gestern vormittag herrschender Nordoststurm, der später nach Osten drehte, brachte ein Hochwasser, wie es hier seit langer Zeit nicht aufgetreten ist. Die niedrig gelegenen Straßenteile im Gefen sind vollständig unter Wasser, die Keller sind voll Wasser gelaufen, das teilweise sogar in die bewohnten Teile eindringt. Der Verkehr mit dem Stadtteil Jürgensby kann nur auf großen Umwegen stattfinden, da das Terrain zwischen dem Kieler und dem Hauptbahnhof überspült ist.

**Ludwigslust.** Bei Röttjers ist Musik. Ein ganz moderner Arbeitgeber veröffentlicht im „Ludwigsluster Tageblatt“ folgendes Inserat:

Arbeiterinnen gesucht.  
Stundenlohn 25 Pf.  
Während der Arbeit Unterhaltungsmusik  
mit nachfolgendem Tanzkränzchen.  
Röttjers Obstplantage.

Nachdem vor etlichen Jahren im Reichstage bei Debatten über die Begehrtheit der Landarbeiter geklagt werden mußte, daß in Oberschlesien die Landarbeiter wenigstens dreimal in der Woche Braten und Kompott beanspruchen, haben wir hier wieder ein neues Beispiel, wozu die Verheerung der ländlichen Unterthanen führt. Sie wollen nur noch arbeiten, wenn für Unterhaltungsmusik gesorgt ist. Dürfen sie etwa die von der Musik geliebten flotten Märsche und Galopp's nach amerikanischem Muster die Arbeiterkräfte anspornen und für besseren Unterhalt des Arbeitgebers sorgen? Wahrscheinlich handelt es sich um eine Verhöhnung der „Begehrtheit“ der Arbeiter.

**Rughaven.** Sumpfgasquelle. Bei den Bohrungen, die zur Untersuchung der Bodenbeschaffenheit anlässlich der Vergrößerung des Amtsgerichts vorgenommen wurden, ist man in etwa zehn Meter Tiefe über moorigen Grund im Sande auf eine Sumpfgasquelle gestoßen. Das Gas brannte mit einer 20 Zentimeter hohen Flamme. Weiteres ist noch nicht bekannt, da die Bohrungen wegen der schlechten Witterung eingestellt worden sind.

**Wilhelmshaven.** Ein netter Vorgesetzter. Das Oberkriegsgericht der Marinekation der Nordsee in Wilhelmshaven verurteilte am Sonnabend den Sergeanten Ballschmidt in der zweiten Kompagnie des zweiten Seebataillons wegen erfolgloser Instruktion zum Faltscheide, Bedrohung mit einem Verbrechen, Mißhandlung in sechs und vorchriftswidriger Behandlung in vier Fällen und Annahme einer Strafgewalt im Zusammenreffen mit vorchriftswidriger Behandlung in 35 Fällen zu einem Jahr einem Monat Buchhaus und Ausstoßung aus der Marine. Der Angeklagte hatte wegen kleiner Vergehen seine Kruten beim Unterricht und beim Exerzieren geohrfeigt, geklopfen und getreten, sogar außerordentlich wunde diesen eine solche Behandlung zuteil. Für keine oder falsche Antworten mußten u. a. die Leute Abschriften bis zu zweihundertmal machen. Unter solchen Umständen hatte ganz besonders der Seefeldat Z. zu leiden, der schließlich seinen Vorgesetzten

meldele. In der Silbester Nacht kam der Angeklagte angetrunken auf die Stube und rief: „Seitengewehr her, ich flehe den Kerl zusammen!“ Diejenigen Mannschaften, mit denen er sich gut stand, ließ er dann hinter seinen Verschütz kommen, gab ihnen Bier, Zigarren und Schwaren und teilte mit, daß er von Z. gemeldet worden sei. Er ersuchte die Leute, ihn nicht zu verlassen und ließ sie die Hände zum Schwur erheben, indem er sagte: „Schwört, schwört, daß ich den Kerl nicht angefaßt habe!“ Weiter bemerkte er: „Wenn Ihr die Finger zum Schwur erhebt, fällt Z. mit seiner Sache herunter!“ Schließlich forderte er sie noch auf, zu verschweigen, daß sie bei ihm hinter dem Verschütz waren. Der Angeklagte bestritt alle Straftaten und wollte von den Vorgängen in der Silbester Nacht infolge Trunkenheit nichts wissen. Das Kriegsgericht hat seinerzeit auf vier Wochen Mittelarrest erkannt. — Hätte der Rekrut Z. nicht die Courage gehabt, dieses Musterexemplar von Soldatenerzieher zur Anzeige zu bringen, dann würde der „Stellvertreter Gottes“ o. D. wahrscheinlich noch heute seine Schinderei ungehindert weiter treiben.

**Doberan.** Einbruch in der Kirche. In der hiesigen Kirche, der medlenburgischen Fürstengruft, wurde Freitag nacht ein Einbruch verübt. Die Diebe waren durch die Bülow-Kapelle eingedrungen und hatten es auf den Altarschrein abgesehen, der eine goldene Krone und ein mit kostbaren Edelsteinen besetztes Kreuz aus der Johann-Albrecht-Kapelle birgt. Es war ihnen aber nicht gelungen, die Truhe zu erbrechen. Sie mußten sich mit dem Inhalt des Opferstockes begnügen. Außerdem ist ein wertvoller alter Bronzeschlüssel geraubt. Man nimmt an, daß es sich um Berliner Einbrecher handelt, die schon mehrfach Landpfarren und einsamen Gutshöfen im Lande Besuch abgestattet haben.

**Müstringen.** Landtagswahl. Nachdem Gesellschafter Adolf Schulz sein Mandat zum oldenburgischen Landtage niedergelegt hat, weil er nach Berlin verzogen ist, hat das Ministerium die Ersatzwahl auf Freitag den 4. Juli angeordnet.

**Stade.** Gewitterschäden. Infolge eines Blitzschlags ist das Anwesen des Anbauers Jürgen Lambe in Bargfeldt, sowie ein in der Heide bei Bargfeldt stehender Schafstall niedergebrannt. Ein Blitzschlag zündete ferner in Klade, Kreis Zeven, das Anwesen des Anbauers Hinrich Branden an, das vollständig eingedächert wurde. In Giehlenmoor im Kreise Bremervörde brach bei dem Landwirt Joh. Kück Feuer aus, das die Bewohner erst bemerkten, als schon der Dachstuhl ganz abgebrannt war, sodas sie nur mit knapper Not das nackte Leben zu retten vermochten. Dreizehn Stück Vieh und dreißig Stück Federvieh kamen in den Flammen um.

**Helgoland.** Ein Hebungsprahm auf See gefentert. Sieben Seelente ertrunken. Der bei der Hebung der einen Hälfte des bei Helgoland gesunkenen Torpedobootes „S 178“ stationierte Hebungsprahm „Oberelbe“ des Nordischen Bergungsvereins ist am Montag nachmittags gegen 3 Uhr bei dem schweren Nordoststurm gefentert. Der Besatzung des Bergungsdampfers „Reiber“, der ebenfalls bei der Hebung tätig ist, gelang es, elf Schiffskente und Berger zu retten. Es sind von Guxhaven sofort mehrere Bergungsdampfer der Gesellschaft nach Helgoland ausgelaufen. Auch ist zur Hilfeleistung ein Torpedoboot nach der Unfallstelle beordert worden. Von der aus 18 Mann bestehenden Besatzung sind der Kapitän, der Steuermann und fünf Matrosen ertrunken; elf Mann wurden gerettet.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Wissen ist Macht!**

Im Treppenhause der naturhistorischen Abteilung des hiesigen Museums sind zurzeit eine große Reihe Pflanzen zur Ansicht aufgestellt, und es ist geplant, diese Ausstellung fortzuführen. In der Tat ist die Bervollständigung der Sammlung vom vorletzten bis zum letzten Sonntag eine so große, daß ich nicht versäumen möchte, auch in diesem Blatte die Aufmerksamkeit auf die Ausstellung zu lenken. Der neue Konservator des naturhistorischen Museums hat keine Mühe gespart, um Geld und Wald, Moor und Heide, Wiese und Garten haben ihren Beitrag zahlen müssen. So sieht man denn alle möglichen Kräuter und Sträucher, Blätter und Blüten mit deutscher und lateinischer Bezeichnung, ja selbst Pflanzenschädel sind zu sehen mit einer kurzen Beschreibung ihrer Entstehung und Bekämpfung. Leider sind die leitenden Männer unseres Museums nicht darüber unterrichtet, daß es in Lübeck einen Volksboten gibt, denn sonst würden sie doch sicher auch diesem ihre gelegentlichen Mitteilungen zusenden. Möchten daher diese Zeilen mit dazu beitragen, daß die werktätige Bevölkerung unserer Stadt mehr als bisher das Museum aufsucht. Wie selten trifft man doch einen Arbeiter im Museum! Und wie viele mag es wohl noch geben, die sich ein Museum nur denken als Aufbewahrungsort für Mumien, Skelette, ausgestopfte Eulen, alten Teekesseln und noch älteren Truhen und Ofentacheln! Unser Museum heherbergt so reiche Schätze aus allen Gebieten der Wissenschaft und des täglichen Lebens, das für jeden dort etwas zu finden ist, was ihn interessiert, ja was ihn interessieren muß. Ich erinnere nur an das Modell eines Hochovens, an die verschiedenen Beispiele vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat usw. Wer Zeit hat, besuche die vielen Zeugen aus Lübecks Vergangenheit, oder überzeuge sich von der Intelligenz der „wilden“ Völker, oder aber besuche die Sammlung von Gemälden und Gipsabgüssen. Im Kampf ums Dasein wird der Leichter bestehen, der sich durch Wissen die nötige Macht zulegte. Nicht raten möchte ich, stundenlang im Museum hin- und herzugehen, sondern regelmäßig und für kürzere Zeit einzelne Abteilungen des Museums in Augenschein nehmen und sich Belehrung holen; das macht Freude und ermüdet nicht!

B.

**Literarisches.**

**Gingegangene Schriften und Bücher.**

„Neue Zeit“, Heft 31.  
„Wahre Jacob“, Nr. 10.  
„Gleichheit“, Nr. 16.  
Die „Sozialistischen Monatshefte“, Heft 9.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwanh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Beamte, Haus- und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“



„Komitee- und  
Kommissionssitzungen“



Morgen  
Mittwoch  
9 Uhr:  
Sitzung.

Geucht ein junger Knecht  
in eine Wäckeret im Alter von 16  
bis 17 Jahren. Angebore unter  
A 3 an die Expedition d. Bl. (3641)

Herren-Anzüge

billig zu verkaufen.  
3651) Krähenstraße 18.

Gebr. Ladeneinrichtung  
3122) Johannisstraße 63.

Billig zu verkaufen mehrere  
kompl. Anzüge, sowie  
Frau- und Gehrock-Anzüge, Bett-  
stelle nebst Bett u. versch. Damen-  
Kleidungsstücke. **Balauerhof 19.**  
3668)

Verband deutscher  
Gastwirtsgehilfen.  
Zweigniederung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung  
am Mittwoch, dem 7. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal.
3. Unsere Lohnbewegung.
4. Bericht von der Gauferversamml.
5. Unterstützungsfest.
6. Bericht eines.

Der Vorstand.



Im Genuß liegt der Wert!

„Unsere Marine“

2 Pf.-Cigarette.

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden  
Größte deutsche Cigarettenfabrik.

# „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volks poesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

## Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.  
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.



Melerei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144  
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art  
in bester Qualität.



# Schulschreibhefte

mit den neuen Vorschriften sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Konzerthaus Fünfhäusen.

Morgen Mittwoch: Großer Saal. Freitag: Saal.

Offeriere ab morgen:

Einen großen Posten

## Flomen

das Pfund nur 70 Pfg.

Ferner:

## Ochsenleber

das Pfund 80 Pfg.

Auf sämtl. Fleisch- u. Wurstwaren 4% Rabatt.

Verkauf in meinen Detail-Geschäften.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik

August Scheere.

3667

## Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Lübeck.

# Versammlung

aller bei der Baudeputation (Staatsplatz)  
beschäftigten Zimmerer

am Mittwoch, dem 7. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Das Erscheinen aller erwartet

Der Vorstand.

## Konsumverein

für Lübeck und Umgegend  
e. G. v. m. G.

Außerordentliche

### General-Versammlung

am Donnerstag, dem 8. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission über die Gutiner Angelegenheit.
2. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Legitimation. (3538)

Der Aufsichtsrat.

R. Waldburger, Vorsitzender.

## Metallarbeiterinnen-Versammlung

am Mittwoch, dem 7. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

3664) Die Vertrauensperson.

## Neues Stadttheater.

Dienstag, den 6. Mai 1913.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
193. B. i. B. Ab. Außer Dienst-Ab.  
Sonder-Vorstellung:

### Die Schiffbrüchigen

Schauspiel von Brien.  
Plätze zum Einheitspreis von 1 Mk. sind an der Tages- und Abendkasse auszulösen. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Mittwoch, den 7. Mai 1913.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende nach 8 1/2 Uhr

Ensemble-Gaßspiel der  
„English Classical Play“.

### Die Lästerschule.

Komödie von Sheridan.  
Kleine Preise.  
Abends 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Der Kaufmann von Venedig.  
Lustspiel von Shakespeare.  
Mittelpreise. (3653)



## In die Parteigenossen im Fürstentum Lübeck.

Unsere diesjährige Generalversammlung für das Fürstentum Lübeck findet am Sonntag, dem 1. Juni, morgens 9 1/2 Uhr, in Ahrensbök, im Lokale des Herrn Fr. Strehse statt.

### Tagesordnung:

1. a. Bericht des Zentralvorstandes; b. der Ortsvereine; c. der Kontrollkommission.
2. Die politische Lage. Ref.: Joh. Stelling-Lübeck.
3. Abänderung der Wahlkreisstatuten.
4. Anträge und Stellungnahme zu den Parteitagen.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Von der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und den Anträgen zu derselben ist dem Unterzeichneten bis zum 28. Mai ds. Js. Mitteilung zu machen.

Stockelsdorf, den 28. April 1913.

Der Zentralvorstand.  
S. A.: Heint. Fick.

## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 5. Mai 1913.

Wortführer Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 30 Min. Er gibt die vom Geschäftsvorstand und von Mitgliefern beantragten Änderungen zur Geschäftsordnung bekannt. Eingeflochten ist u. a. ein Zusatz von Dr. Ziehl, nach dem jeder Antrag des Senats und jeder Antrag, der nach Maßgabe des § 50 der Geschäftsordnung seitens der Bürgerschaft an den Senat gelangen soll, und jeder Antrag über Angelegenheiten, deren Entscheidung der Bürgerschaft ohne Mitwirkung des Senats erforderlich ist, einer zweimaligen Abstimmung unterzogen werden, es sei denn, daß bei der ersten Abstimmung mindestens zwei Drittel sich für den Antrag erklären haben.

Dr. Schlomer tritt u. a. für den vorliegenden Zusatzantrag in § 48 ein, der folgende Fassung hat: „Für die zweite Lesung bildet der Beschluß erster Lesung die Grundlage und, soweit nicht Abänderungen, zu denen auch der Antrag auf Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage gehört oder nicht vorgängige Kommissionsberatung beantragt werden, alleinigen Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung.“ Auf diesem Beschluß müsse man beharren, es könnte sonst zu Komplikationen führen, daß alle Arbeiten der Bürgerschaft in erster Lesung unsonst wären. Auch im Reichstag werde nach der zweiten Lesung so verfahren. Was sich dort und in Hamburg bewährt habe, könne man hier unbedenklich einführen.

Der Senat bittet, den Zusatz fallen zu lassen, der fordert, daß binnen 14 Tagen nach erster Lesung tunlichst die zweite Lesung stattzufinden habe. Nach dem Antrag des Geschäftsvorstandes setzt der Wortführer mit dem Senatskommissar den Tag für die zweite Lesung fest.

Pastor Evers findet den Vorschlag bedenklich, daß für die zweite Lesung die erste als Grundlage zu gelten habe. Das Verfahren wäre zu umständlich, besser wäre jedenfalls, den Senatsantrag unverändert als Grundlage der Beratung zu nehmen.

Lippert macht ebenfalls auf Unmöglichkeiten aufmerksam, die die zweiten Lesungen bei Ersuchen nach sich ziehen.

Der Wortführer zerstreut die Bedenken der Wortredner, es könnten außerordentlich große Schwierigkeiten entstehen, wenn diesen Vorschlägen des Geschäftsvorstandes nicht gefolgt würde; er habe die Hamburger Geschäftsordnung als Unterlage genommen, die sich gut bewährt habe. Gerade die

heutige zweite Lesung über den Senatsantrag betr. der Travemünder Brücken stelle die Bürgerschaft auf eine Generalprobe.

Lippert stellt seine Bedenken zurück, wünscht jedoch eine redaktionelle Änderung. Bei der Budgetberatung wurden unwichtigere Anträge und Ersuchen einer zweiten Lesung unterworfen, während viel wichtigere Angelegenheiten mit einemmal abgetan würden.

Dr. Görz: Diese Ansicht ist irrig. Ersuchen, die bei der Budgetberatung gestellt werden, bilden einen Teil dieser Verhandlungen und unterliegen einer zweiten Lesung nicht.

Schulmerich wünscht entsprechende redaktionelle Änderung der Bestimmungen über die festen Verhandlungstage, Dahms ersucht um Kommentierung des § 68 und Dr. Schlomer will den § 75 gestrichen haben, da man sich bei Abstimmungen zum Bürgerausschuß doch nicht mehr danach richte.

Der Wortführer ersucht, heute von dem Schlomer'schen Ersuchen abzusehen, da sich die Konsequenz im Augenblick nicht überschauen lasse.

Die vom Geschäftsvorstand vorgeschlagenen Abänderungen werden mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen, bedürfen also keiner zweiten Lesung.

1. Antrag: Zweite Lesung des Senatsantrags betr. Erweiterung der Dampferanlegebrücken in Travemünde.

Böbs bemängelt das Fehlen seines Ersuchens im Protokoll.

Dr. Görz: Uns ist ein solches nicht zuzustellen worden. Heute (Wittwisch) ersucht um Zustellung des Stenogramms der ersten Lesung, ehe die zweite erfolgt.

Dr. Görz: Die stenographischen Berichte haben, wie ich in voriger Sitzung schon erwähnte, keinen amtlichen Charakter, sie können auch nicht immer so schnell erledigt werden.

Jenne bittet, alle Ersuchen schriftlich mitzuteilen. Böbs stellt hierauf das Ersuchen, erst in eine Prüfung des Geforderten einzutreten und das Ergebnis vor der Bauausführung der Bürgerschaft mitzuteilen.

Scharff wünscht Kommissionsberatung, erstens, um die Bedenke nicht zu stören und zweitens, weil die vorhandenen Brücken für ein Jahr den Ansprüchen noch genügen.

Senator Dr. Stoß kann diesen Ausführungen nicht beipflichten, endgültige Fertigstellung sei sehr notwendig; sie könne ohne Überstunden bis 1. Juli geschehen.

Vendelbt glaubt, daß durch anderweitige Placierung der Dampfer weiterer Platz gewonnen werden könne. Man werde bei weiterer Vermehrung der Yachten noch einen besonderen Hafen dafür bauen müssen, der noch viel Geld kosten werde, deshalb sei Kommissionsberatung zu empfehlen.

Böbs ersucht um Kommissionsberatung. Von einer Notlage sei gar keine Rede. Wenn die Dampfer nicht so lange liegen bleiben, sei schon Besserung zu verspüren.

Schröder ist gegenständlicher Meinung. An großen Brücken mangle es in Travemünde.

Kiemann (Schlutup) unterstützt die Ausführungen des Herrn Vendelbt. Die Zeit sei viel zu weit vorgeschritten, um jetzt noch die Arbeit auszuführen.

Grünau tritt für sofortige Erledigung der Arbeiten ein.

Senator Dr. Stoß hält wiederholt die Ausführung der Arbeiten für eine zwingende Notwendigkeit.

Lippert hat von sachverständiger Seite erfahren, daß man mit dem Gegebenen auskomme, wenn Störungen zu vermeiden seien, liege es nur an der Disposition.

Eisenburg glaubt, daß in der Hauptfaison mit den Brücken nicht mehr auszukommen sei. Er ersucht um Annahme der Vorlage.

Böbs hält es für verkehrt, eiserne T-Träger nur 50 Zentimeter über dem Salzwasser anzubringen, wo sie rascher Zerstörung ausgelegt seien. Es müßten mindestens eichene Pfähle sein. Das könnte die Kommission auch prüfen.

Lüth ist für den sofortigen Brückenbau.

Der Antrag auf Kommissionsberatung sowie das Ersuchen von Böbs wird angenommen.

2. Antrag: Einrichtung eines Asyls für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenstation.

Senator Evers bittet in diesem Falle um Sparjamkeit, und die Mehrforderung der Kommission von 3800 Mark abzulehnen. Die vorgezeichneten Räume genüßten für die Dauer doch nicht, so daß eine andere Unterkunft später doch geschaffen werden müsse. Wenn die Wohnung des Wärters nicht parterre zu liegen käme, würden wieder Mehrkosten entstehen. Wollte man unterferrerte Wohnungen nicht benutzen, dann müßte der Staat auf die Benutzung einer großen Zahl Gebäude verzichten. Für den Anfang seien auch andere, von der Kommission verlangte bauliche Veränderungen unnötig. Man rechne mit einer Höchstzahl von 60 Asylplätzen, für diese sei das Vorgezeichnete genügend. Der Verkehr mit der Außenwelt müsse während der Nacht aufgehoben sein, um den Schnapsjuggel zu vermeiden. Betrachtete man ferner, daß in denselben Räumen, unter viel ungünstigeren Bedingungen die Zuchthausgefangenen jahrelang geschlafen hätten, dann könne man mit der jetzigen Einrichtung vorläufig zufrieden sein.

Jenne ersucht, den Ausführungen des Senatskommissars zu folgen. Man dürfe nicht über den Senatsantrag hinausgehen, im Interesse unserer Finanzen.

Der Baudeputation sollen nach der Kommission 13 500 Mark zur Verfügung gestellt werden. Dieser Antrag wird abgelehnt, dagegen derjenige des Senats, der 9700 Mark verlangt, mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Rückübernahme und Wiederholung des Antrags betr. Erlaß eines sechsten Nachtrags zum Beamtengehalt.

Senator Dr. Vermehren betont die Bedenken, die den Senat bei Einbringung des Antrages leiteten und hebt hervor, daß Bürgerschaft und Bürgerausschuß nur ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Senats, nicht aber einzelner Behörden zu geben hätten.

Schulmerich wundert sich, daß der Senat nicht in der Lage ist, den Beschlüssen der Bürgerschaft beizutreten. Zuerst habe sich der Senat gegen Einsetzung einer Kommission gewandt, trotzdem seien jetzt 3 1/2 Monate bis zur wiederholten Beratung vergangen. In der Zeit hätte auch eine Kommission eine Lösung gefunden. Es handle sich hier um mehr als eine Verwaltungsmaßregel; die Bürgerschaft habe sich schon manchmal mit weit weniger wichtigen Verwaltungsmaßnahmen befaßt. Man müsse vor allem auch wissen, was mit den „kleinen Arbeiten“ gemeint sei. Daß dieser Entscheid die Baubehörde allein und einseitig treffen soll, könne ihm nicht einleuchten. Redner zieht u. a. die früher erwähnten eventuell vorfindenden kleineren Reparaturen an Bezirksfischlehrerwohnungen heran. Vermöge der Senat dem Beschluß nicht beizutreten, entstehe weiter kein großes Unglück. Eine entsprechende Abänderung wird vom Redner beantragt.

Hoff erkennt den Senatsstandpunkt ebenfalls nicht als richtig an. Es handle sich hier um allgemeine Feststellungen der Arbeiten, die auf Kosten des Mieters gemacht werden sollen. Diese Maßnahmen könnte man doch nicht alle Augenblicke abändern, sie müßten doch für einige Jahre Geltung haben. Wenn die Anordnungen zu Belästigungen führen, wie der Wortredner ausführt, müsse der Bürgerausschuß mindestens gehört werden können.

Senator Dr. Vermehren glaubt nicht, daß man die Feststellungen auf Jahre hinaus treffen könne. Sollte man es beim Senatsvorschlag nicht belassen können, wäre es besser, man würde sich mit dem bisherigen Zustand begnügen. Man wolle den Beamten entgegenkommen.

Lippert hält den Vorschlag Schulmerichs für sehr zweckmäßig. Ebenso wenig es eine reine Verwaltungsmaßregel sei, den Mietpreis festzusetzen, ebensowenig seien die Reparaturarbeiten unter einer solchen zu verstehen.

Schulmerich möchte es nicht so weit kommen lassen, daß die Baubehörde oder wer sonst zu bestimmen habe, mit altem Gewohnheitsrecht breche und sich auf das Dach- und Fachrecht berufe.

## Im Hochwald.

Roman von Gustav Hedenwind-Eriksson.  
Aus dem Schwedischen von M. Lütjohann.

(O. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

An den langen Abenden saß die Frau neben dem Altar und strickte. Drinnen im Bau hörte sie die Kinder husten und sah vor Ralle unruhig hin- und herwerfen. Sie sah ihr eigen Leben an sich vorüberziehen und dann traten ihr die Tränen in die Augen.

Sie sah sich selbst als junges fröhliches Ding, immer lachend und singend und die Brust voll Sonnenschein, und jetzt — ach voll von lauter Eis. Ein Schauer überlief die Frau. Ihr war, als sähe sie zwei kleine Sätze um den Altar wirbeln, die machten vor der Öffnung des Fuchsbau's Halt und winkten solange einladend mit ihrem Kopf, bis Elsa und das kleine Monstrum heide in sie hineinkrochen.

Aber aus dem Mooshaufen kam Görans Stimme: „Wenn bloß mein verdammtes Bein erst wieder gut ist, will ich auch immer soviel Holz fesseln, daß die Kinder nicht totzufrieren brauchen.“

### Die ersten Meilensteine.

Auf dem geräumigen Küsterhof hatte der Schankwirt seine Barade. Hier saßen die Brüder eines frühen Morgens um den großen Tisch und hörten dem Rotschwanz zu, der mit einem großen Blaustift eine Karte auf eine alte Nummer des „Christlichen Helfers“ zeichnete. Die Brüder hatten die breiten Krampe ihrer Schlapphüte zurückgebogen und hielten ihre Augen so nahe an die werdende Karte, daß der Zeichner bisweilen nur mit Mühe die Feder führen konnte. Aber das sah ihnen nichts auszumachen. Er zeichnete ungedrungen und hielt folgende Vorlesung:

„Grab hier kommt Ihr aufs Moor runter. Hier steht Ihr eine Heumiete, aber da sollt Ihr nicht hingehen, sondern hier an dem breiten Graben vorbei — hier ist der Graben und denn steht Ihr die Heumiete — hier, an der sollt Ihr vorbeigehen und denn gerade auf den Weidenbach los, aber über den sollt Ihr nicht hierüber, sondern hier — hier weiter hin bet den großen Steinen. Und dann geht Ihr den alten Fahrweg ein Stück — und denn steht Ihr nachher den Steg über ein kleines Wasser; aber über den sollt Ihr nicht, sondern haltet Euch rechts, immer hier an dem Berg entlang und denn gerade weiter.“ Hier steht der Nummerbaum und hier geht der Schlag.“

Er zog einen blauen Strich über den „Christlichen Helfer“ und fuhr dann fort: „Geht hier das Tal entlang, dann steht

Ihr den Stempel vom Nummerbaum hier. Wenn Ihr oben ankommt — hier ungefähr — seid Ihr oben auf dem Berg und denn steht Ihr den Jungwald da hinter den umgewachsenen Tannen — und hier links ist der Berg mit dem Barsteich. Aber Ihr geht hier rüber nach dem Jungwald. Gerade auf diesem Punkt soll die Barade stehen! Hier steht der Nummerbaum XII, und dann geht hier der Schlag wie ein Keil zwischen dem Sennbach und dem Gemeinewald. Hier, wo das Land neben dem Bach eben ist, da steht Ihr die Barade hin — so — in dieser Richtung. Ihr kommt auch hin, wenn Ihr den Weidenbach lang geht, aber das ist viel weiter. Ihr könnt die Karte mitnehmen, damit Ihr sicher hinfindet, und morgen seht ich auch mal vor.“

Er gab dem Professor die Zeitung. Der stand auf und fing an, die wunderlichen Schnörkel zu studieren.

„Soll dies 'n Karte vorstellen?“ rief er nach einer Weile. „Denn schick man den Leusel und seine Großmutter los, ich kann aus Deinem Zigeunergertippe nicht klug werden.“

„So?“ sagte Herr Schanz gekränkt. „Ja, wenn man mit Leuten zu tun hat, die keine Ahnung von Geographie haben.“

„Damit ging er aus der Schenke.“

„Will der Schanze aufs Wandern geh'n, läßt er sich vor Micheli seh'n“, heißt es im Sprichwort. Das traf auch diesmal ein. Der frühe Schanze war wieder geschmolzen und hatte sich nicht mehr gezeitigt, trotzdem Helgemes (21. November) dicht vor der Tür stand. Es war ein felsamer Herbst — als ob er ein großes, breites Rädeln über den gefallenen Wald lächle, während tausend Arme die Stämme hieben und an die Wege schleppten, und die Herren von den Sägewerken unter eifrigem Kaufen und Wiederverkaufen die Berge durchstreiften. Gleichzeitig waren die verschiedenen Kontore der Gesellschaften und auch die Bauernhäuser der ganzen Gegend wirkliche Ramschbuden, in denen ein ewiges Handeln und Feilschen herrschte. Der ganze Hochwald glitzerte einer Uhrmacherwerkstatt, in der es überall knippte und plätschte und klingelte. Wäre aber die Jahreszeit ihren gewohnten Gang gegangen, hätte sie dies Leben und Treiben unmöglich gemacht und der Gewinn der Gesellschaft wäre nicht so groß geworden, daher denn unter den Leuten eine Redensart aufkam, die zwar nicht schön, aber treffend war, nämlich, daß unser Herrgott wenigstens fünfzig Aktien in jeder Holzgesellschaft habe.

Diese tolle Wirtschaft hatte gerade ihren Anfang genommen, als der Beschick an die Brüder erging, die Barade zu zimmern, und sie legten fest den ersten Grund oder die ersten Stämme zu diesem Magazin für jene Kraft, die eine neue Zeit in diese Wildnis tragen sollte. Von hier aus wollte man das Tor der stolzen Waldburg stürmen und den verwunschene Schatz heben.

Aber der Bau sollte kein Tempel werden, auch nicht die

Jagdhitte eines Disponenten, sondern recht und schlecht ein Unterflupf für müde, abgearbeitete, von Schnee und Schweiß durchnäßte Holzhaue, und vielleicht für kreuzlahme, wundgeschneuerte Pferde mit ihren Fuhrleuten und sonstigem Zubehör.

Herr Rotschwanz deutete etwas derartiges an, als er neben den Brüdern stand und ihrer fleißigen Arbeit zusah. Bisweilen befrähtigte er seine Worte mit einem energischen Nicken, daß die Spielhahnsfeder an seinem grünen Hut leise wehte.

„Die Hauptsache ist, daß es rasch geht“, meinte er. „Soll ja bloß für diesen Winter benutzt werden. Nachts man nicht so genau, sonst wird uns die Geßachte zu teuer.“

Nur ein ganz verböddeter Sinn hätte aus diesen Worten nicht das Dröhnen der Mammospaune vernommen, jenen Schwall herzloser Gleichgültigkeit gegen das lebendige Fleisch und Blut, dessen gewaltige Kräfte hier dem Golde dienstbar gemacht waren.

Domkapitel hörte es offenbar, denn er sah den Rotschwanz von der Seite an, sagte aber nichts, sondern hieb nur kräftiger drein. Und es war, als riefen die Artschläge über den gefallenen Wald: „Spuret Euch, spuret Euch! Rasch, rasch!“

Als die Dämmerung hereinbrach, sagte Herr Schwanz guten Abend und ging fort, um noch vor der Nacht seine Wohnung zu erreichen. Auch die Brüder hieben ihre Art in die Wand fest und machten sich auf, um eine Stelle zu finden, wo sie die Nacht zubringen konnten. Denn jetzt war die Wildnis ihre Heimat; der erste beste Busch diente als Nachtlager, mit dem schwarzen Himmel als Decke und der ganzen Erde als Federbett.

Schlaflos rief Domkapitel von der andern Seite des Berges: „Tragt die Netze und das übrige herüber — hier ist ein Wohnstüb für Götter — hier kann der Wind nicht ankommen.“

Als die andern bei ihm anlangten, warf Schnauferl den Proviantack unter den Busch und sagte: „Respekt vor der Bundeslade!“

„Freilich“, entgegnete der Professor, „sie ist ja mit dem Firmazeichen der Salzseemühle in Stoßholm gestempelt und ehe sie in unsern Besitz kam, war gutes Schrotmehl drin.“

Aber der Philosoph antwortete feierlich: „Ich bring' Euch einen goldenen Pokal voll des besten Weines aus dem Nizentel.“ Damit stellte er einen alten Holznapf, den er im nächsten Lämpel mit Wasser gefüllt, neben sich auf einen Baumstumpf.

„Ja“, sagte Domkapitel, „der lahme Ephraim in Mark hat ihn geschmetert und ich hab' ihn bei unserm Abzug aus dem Kahn des Küsters gestohlen; mit der Goldigkeit wird es schon richtig sein.“



Düring: Es lassen sich nicht alle Wohnungen nach dem Schema F behandeln. Es ist doch ein Unterschied zwischen einer Wohnung in einem neuem Hause und einer solchen in einem Strohdachgedeckten auf dem Lande.

Scharrf fragt nach dem Stande des Antrages Menborg in betreff der Zollbeamten, damit die Kommission unterrichtet werde. Es bestehe sonst die Gefahr, daß sich die Beamten ihr Recht vor dem Richter suchen.

Senator Dr. Vermehren hält diese angeschnittene Frage für äußerst verwickelt, auf dem Rechtsweg könne sie nicht entschieden werden.

Der Antrag Schumacher wird angenommen, mit Zweidrittelmehrheit hierauf das ganze Gesetz.

1. Antrag: Bau einer Brücke über die Trave bei der Ziegelei Reefe.

Bedelhoff möchte nicht, daß der Verbindungsweg zwischen der Ziegelei und dem Dorf jetzt ausgeführt wird, es würde zu Weiterungen führen. „Im Interesse der Husner sollte der Weg in diesem Jahre nicht gebaut werden.“ Dieses Erlauchen stellt der Redner.

Baatsch wünscht die Klappbrücke für Fuhrwerke passierbar gemacht.

Neuner hält eine solche Umänderung für ausgeschlossen. Bedauerlich sei, daß in einer solchen verkehrsreichen Gegend noch Fuhrwerke mit vielem Umstand die Brücke passieren und Radfahrer herabsteigen müssen. Man sollte endlich mal eine zeitgemäße Verkehrsverbindung schaffen.

Lippert findet bei einem Objekt von 19000 Mark, wie ohne vorliegenden, die Kostenverteilung auf 4 Jahre unangebracht.

Düring freut sich, daß die Empfehlung, bessere Verkehrsverhältnisse mit staatlicher Unterstützung im Bezirk Niberau zu schaffen, Anklang gefunden hat. Redner wünscht auch nähere Auskunft über die bessere Verbindung mit den Enklänen.

Der Senat kann heute darauf keine Antwort geben.

Legtmeyer (Moising) empfiehlt die Fertigstellung der Brücke und ersucht um einstimmige Annahme des Antrages. Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Erlauchen von Bedelhoff ebenfalls.

2. Antrag: Erlaß eines Gesetzes betr. Rückzahlung der Straßenbaulage an die Anlieger der Straße An der Mauer und der oberen Engelsgrube.

Neuner geht auf die Entschädigungsbedeutung ein. Mit wehmütigem Herzen müsse man dem Geforderten zustimmen. Die begangenen Fehler sollten als Lehre für die Zukunft dienen.

Senator Dr. Stoos kann nicht anerkennen, daß Fehler gemacht worden seien.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Nachbewilligung der durch die Schenkung und Wiedererhandlung des gemeinsamen Elevators entstandenen Kosten.

7. Antrag: Erlaß eines Gesetzes, die Gewährung von Entschädigungen bei Veränderung der Höhenlage von Straßen betr.

Beide Anträge werden mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

8. Antrag: Erlaß besonderer Bau- und Anbauvorschriften für das Strandgebiet Travemünde.

Grünau geht auf Einzelheiten der Bauvorschriften und deren Kommissionsbehandlung ein. Er empfiehlt Annahme der Kommissionsvorschläge.

Senator Dr. Stoos erklärt, daß der Senat keine Bedenken trage, den Vorschlägen der Kommission beizustimmen.

Redner würde es als einen Fehler betrachten, wenn der Platz bei der Schießhalle in Travemünde bebaut werden sollte. Dieser Baublock falle nicht unter das vorliegende Gesetz.

Grünau teilt ein Erlauchen der Kommission mit, nach dem eine geordnete Regelung in Travemünde verlangt werde. In absehbarer Zeit würde der Platz bebaut.

Senator Dr. Fehling hat gegen das Erlauchen nichts einzuwenden.

Scharrf wünscht Auslegung der Beschlüßfassung, damit sich der Senat unterrichten könne, denn der Behälter des Platzes am Ausgang habe Tafeln aufstellen lassen, auf denen Baupläne zum Verkauf angeboten werden.

Lippert möchte lieber, daß es beim Vorschlag Grünhaus kein Bewenden hätte.

Fischer zieht sein Erlauchen zurück.

Der Kommissionsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Erlauchen um geordnete Erschöpfung der Bauvorschriften gelangt ebenfalls zur Annahme.

Hernach fingen sie an, das Holz für das Nachfeuer zu schneiden. Sie schnitten zwei dicke, ungefähr zehn Ellen lange Aststämme herbei und legten sie, gegeneinander gefesselt, den einen Stamm auf den andern mit beiden Enden auf je zwei in die Erde gesteckte Pfähle, die so hoch waren, daß der untere Stamm wohl einen Fuß über dem Boden lag.

Solche Feuer bestanden eine gleichmäßige, harte Wärme und stöhnten, wenn die Stämme vollständig aufgereicht sind.

Dann machten sie zwischen den Pfählen drei Feuer, eines an jedem Ende und eines in der Mitte. Und es dauerte auch nicht lange, bis der ganze gewaltige, zehn Ellen lange Feuerstamm flamme und glühete und das nächtliche Dunkel hinter die Säule und Pfeiler und aufgetürmten Baumstämme vertrieb. Die Gestalten der Brüder waren weiß wie Marmor, wie sie im Schein des Feuers auf den umgewesenen Stämmen saßen und ihr Schicksal betrachteten.

Weiter unterhalb brannte ein besonderes Feuer, über dem der dreißigjährige Raffeleffel brannte. Hier brütete auch der Gedanke eines Mordes. Er drückte den Blick und summte leise dazu.

„Sag ihm“, sagte Domstapitel, der Stundewart ist auch ein kleines Mörder zu werden, ehe er dieser Welt abe liegt.“

Der Räuber sah darauf einen seiner wehmütigen Brüder an und der eine Ton nach dem andern verhallte drüber im Dunkel und in der schweigenden Wälder, während Domstapitel ihm leise die Worte nachsprach:

„Du immer Wolfe jähmt“ ist ihm,  
Sag ihm die See und Weiden,  
Sag ihm die harten Schwingenrauer  
Weiß von der Erde Schmerz und Qual.

„Eine Strecke aus Schwarz-Edel“, sagte der Professor und sah mit seinem Kopf auf eine Spindel ein.

„Sag ihm die See“, fiel ihm der Schmeißler lachend ins Wort, er jagt es während, daß die Wirt sein sein.“

„Sag ihm die See“, fiel ihm der Schmeißler lachend ins Wort, er jagt es während, daß die Wirt sein sein.“

„Sag ihm die See“, fiel ihm der Schmeißler lachend ins Wort, er jagt es während, daß die Wirt sein sein.“

„Sag ihm die See“, fiel ihm der Schmeißler lachend ins Wort, er jagt es während, daß die Wirt sein sein.“

„Sag ihm die See“, fiel ihm der Schmeißler lachend ins Wort, er jagt es während, daß die Wirt sein sein.“

9. Antrag: Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahr 1913.

Niemann (Schlutup) wünscht einen Radfahrweg von der Kirchhalle in Israelsdorf bis zur Krümmung des Weges bei Oldenburg.

Neuner bringt Wünsche über Radfahrwege in der Stadt vor. Die kolossale Summe, die die Radfahrer für Verkehrswege aufgebracht, wisse die Behörde kaum anzuwenden. Es wäre jetzt an der Zeit, die Fahrradabgabe, wenn nicht aufzuheben, so doch ganz bedeutend zu ermäßigen. Der Nummerzwang sollte beseitigt werden.

Senator Dr. Stoos glaubt, daß der Vorredner über die Instandhaltung der kritisierten Radfahrwege im Unrecht sei.

Hent (Wiltwich) ersucht, die Radfahrwege auf der Außenseite der Chausseebäume anzulegen, um die Straßen nicht zu verengen. Die Landwirte wüßten nicht mehr, wo sie das Vieh treiben sollten. Nicht zu empfehlen sei die Aufgabe des Nummerzwanges.

Legtmeyer (Moising) ist mit den Ausführungen Neuners nicht einverstanden. Seine lange Rede erntet ein alkseitiges, zum Teil ironisches Bravo!

Hauptlehrer Reimpell hält den Ausbau von Radfahrwegen für notwendig und bedauert, daß derjenige von Travemünde nach Niendorf noch nicht ausgeführt wurde.

Neuner zieht seinen Antrag zurück.

Lippert wünscht in der Ratenstraße einen Radfahrstreifen angelegt, wenn die Mittel dazu ausreichen.

Senator Dr. Stoos: Die verfügbaren Mittel reichen wohl aus, um den Streifen anzulegen.

Böbs glaubt, daß der Radfahrweg bei Trems längst hätte fertiggestellt werden können. Den Nummerzwang könne er nicht als unbedingt notwendig erachten. Vor Jahren sei der Beschluß gefaßt worden, in gepflasterten Straßen keine Radfahrwege anzulegen, man dürfe nicht immer darauf ausgehen, die Radfahrer zu schröpfen. Das Leeren der Radfahrwege sei nicht überall angebracht, hauptsächlich dann nicht, wenn Reiter die Wege benutzen. Eine Ermäßigung der Steuer sei notwendig, denn das Rad sei kein Luxus, sondern ein Verkehrsmittel geworden.

Lippert erhebt seinen vorhin geäußerten Wunsch zu einem Erlauchen.

Neuner zieht die Radfahrwege, die aufs Land hinaus gehen, als eine Verbesserung der Wege für Fußgänger an, verlangt vom Staat Aufhebung der Radfahrabgabe und an deren Stelle eine Legitimationskarte für 25 oder 50 Pfennig.

Hent (Wiltwich): Ich habe nicht gesagt, daß das Vieh auf die Bankette getrieben werden müsse, wenn die Autos herankommen, denn Herr Böbs muß wissen, daß wohl er, aber kein Rindvieh auf dem Fußgängerweg gehen darf. (Große Heiterkeit!)

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen, ebenfalls das Erlauchen Lipperts.

10. Antrag: Feststellung der im Rechnungsjahr 1913 auszuführenden Pflasterungs-, Wege- und Eisarbeiten.

Senator Dr. Stoos weist auf die bereits gemachten Ausgaben hin, die eine Ermäßigung der vorgezeichneten Ausgabe einschließen.

Hauptlehrer Reimpell wünscht vor Ausführung der Pflasterungsarbeiten genaue Untersuchung der Rohrleitungen, um nachträgliche Unkosten zu ersparen, wie sie erst kürzlich in der Fadenburger Allee verlangt wurden. Redner ersucht um Auskunft, ob Garantie für die Arbeiten gegeben worden sei.

Senator Dr. Stoos kann Auskunft so ohne weiteres nicht geben.

Neuner ersucht, in der Mitte der Stadt mit den Ausgaben für Straßenbauten nicht so zu sparen, z. B. befände sich die Dankwartgrube in schlecht gepflastertem Zustand.

Aug. Wape: Die innere Stadt mag sich mit den Vorstädten erlösen, dort wird auch nicht mehr gepflastert. Vor Monaten wurde mit der Pflasterung in der Dornstraße begonnen, jetzt ruhen die Arbeiten, angeblich, weil keine Pflastersteine vorhanden sind.

Neuner stellt den Antrag, die Frage der Pflasterung eines Teiles der Schwarzaauer Allee einer Kommission zu überweisen.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

11. Antrag: Durchführung der Oberbergsstraße bis zur Kronsförder Allee.

dann an Rostfischer und Latern (schäbste Zigeuner) verkauft, die gleich eine neue Ausrüstung mit ihnen anfangen. Jetzt fällt dann ein Dummer, der auf den Pferdehandel verfallen, drauf rein, mah aber in der Regel schon nach ein paar Wochen zum Schlächter gehen und ihm das krasse Tier für ein Lumpengeld verkaufen. Und Gott weiß, ob die Ausrüstung mal in der Handmaschine des Schlächters zu Ende ist. Rasther laufen wir die Wirt — das Fleisch vom Pferd — für eine Krone neunzig per Kilo. Geheiß, daß wir per Jahr ein Pferd aufziehen — denn das tun wir — und weiter geleht, daß der Klenner fünf Jahre lang Holz gefahren und dabei jeden Winter ein Hektar Inventar konsumiert hat, kommt also ein Pfund Inventar samt allem Hafer, den das Vieh in derselben Zeit gefressen, schließlich zur Wirt vordeckt in unfern Wagen. Kann sich da einer wundern, wenn wir schwarz vor Augen und wild von Sinnen werden?“

„Ja“, fiel ihm der Professor ins Wort, „hier zu Lande werden eben die alten Pferde nie auf. Sobald einer Hochzeit gehalten, ist sein erster Gang nach dem Kontor. Ohne Pferd tut's nun mal kein Verheirateter. Tausend Kronen bezahlen sie für ein altes Soldatenpferd, die führen natürlich als Zugabe, oder als Umgekehrte? Kaufen sie die Fuhren und kriegen das Pferd als Zugabe?“

Während solcher Gespräche führten das Dunkel der Nacht und des Licht des Feuers einen geheimnisvollen Zweikampf, dem die moosigen Felsblöcke und die aufgerissenen Baumwurzeln räuspernd und trübennig zuzusehen schienen. Und schließlich löste von den Bergen der Ruf des Uhus — ein fast untrügliches Zeichen, daß das Wetter umschlagen will.

Da begannen die Brüder, ihr Lager aus Fichtenzweigen und Moos vor dem Feuer zu richten.

Ein leises Brausen kam von den Bergen her über das Land, und sie mußten sich auf eine windige Nacht gefaßt machen. Bald darauf fielen die ersten Schneeflocken — immer dichter und dichter. Der ganze Abhang wurde weiß, es war an kein Liegen zu denken. Aber das Nachtwachen ist ermüdend, und die Brüder schauten ungeduldig den Morgen herbei, um wieder an die Arbeit zu kommen.

Als ihnen aber schließlich doch die Augen zufallen wollten, legten sie sich alle auf einen Baumstamm vors Feuer. Die Rücken aneinander, die Arme dicht an die Seiten gepreßt und über den Knien verschränkt. Allmählich verannamte das Gespräch, und als auch dem letzten der Kopf auf die Brust sank, wurde es ganz still.

Ein Bergbewohner vergangener Jahrhunderte hätte in den schlafenden Männern das doppelstimmige Nachtgepfeif gehört und wäre davongelassen, um sich füttern im Bettelgelaß

Dimpfer: Die Gelder sind im Budget nicht vorgezogen, wenn wir so fortfahren, reichen die im Budget bewilligten Mittel nicht aus.

Dr. E. Meyer ersucht um Annahme des Antrages. Im Bürgerausschuß sei man der Ansicht gewesen, daß die Sache doch einmal gemacht werden müsse. Später werde die Ausführung noch teurer zu stehen kommen.

Buchwald pflichtet Dimpfer bei. Ein allgemein öffentliches Interesse zum Ausbau der Straße liege nicht vor.

Senator Dr. Stoos erkennt die Vorlage augenblicklich nicht als absolut notwendig an, sie werde über kurz oder lang aber doch erledigt werden müssen.

Dr. E. Meyer glaubt nicht, daß die Straße nur dem Interesse des Zimmermeisters Möller diene. Die Sadgasse müsse doch einmal durchbrochen werden. Der billigste Ausweg sei der heute vorgeschlagene.

Senator Dr. Fehling bestätigt die Auffassung des Finanzdepartements, daß die Ausgabe nicht dringend notwendig ist.

Dimpfer: Im Budget nicht vorgezogene Ausgaben sollte man nur annehmen, wenn sie unbedingt notwendig sind.

Der Senatsantrag wird abgelehnt.

12. Antrag: Verkauf des Grundstücks Mengstraße Nr. 18 und Künfshausen Nr. 30.

Neuner hält den Kaufpreis für zu hoch, doch müsse er die Enteignung des Staates bei dem einen Grundstück ablehnen. Wolle man etwas Rechtes schaffen, müßten noch die kleineren Häuser angekauft werden. Dann könnte man sich auf das Enteignungsrecht festlegen.

Dr. Börs: Wir können unmöglich einen Teil der Vorlage ablehnen.

Böbs möchte nur die Enteignung ausgeführt wissen, nicht den Erwerb des ganzen Grundstücks.

Der Antrag über die Enteignung wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

13. Antrag: Verwaltung des St. Jürgen-Siechenhauses vor Travemünde.

Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

14. Antrag: Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz vom 16. Januar 1895, betr. die allgemeine Kirchenkasse.

Nach dieser Vorlage sollen in den Gemeinden Genin, Kücknig und Schlutup die Kirchenabgaben einheitlich geregelt werden.

Senator Dr. Lienuu ersucht dringend um Annahme der Vorlage. Sie finde allgemeine Zustimmung in den Orten.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Schluß 10 Uhr 20 Min.

### Deutsche Bettelpatrioten.

Mit viel Entrüstung und Beschönigung hat die bürgerlich-patriotische Presse von der unangenehmen sozialdemokratischen Feststellung Kenntnis genommen, daß sogar der große Kanonen deutsche Krupp Liebesbriefe an Napoleon geschrieben hat. Gerade die Kreise, die sich jetzt wieder, nach neuen Rüstungen schreiend, von der Bezahlung des Milliardenopfers drücken wollen, sollten aber doch nicht vergessen, daß unter ihnen diese Sorte „Patriotismus“ reichlich verbreitet ist. Das Privat-kabinett Napoleons hat die Bettelbriefe deutscher Patrioten seinerzeit gesammelt, sie zählen nach Zehntausenden. Es sind Hunderte erzpreussischer Junker und germanenhafte begeisterte Professoren darunter. Nur einige kleine Beispiele.

Die Baronin Eugenie von Beust, zu deren Verwandten auch der damalige sächsische Staatsminister des Auswärtigen und Innern, Freiherr v. Beust gehört, verjucht in einem napoleonbegeisterten Briefe den Inhaber des französischen Thrones zu einem Pimp von hunderttausend Talern zu bewegen. Sie wollte mit dieser Summe, wie sie selbst an Napoleon geschrieben hat, nichts weiter, als ihren Verwandten zu Hilfe kommen!

Der Fürst Karl-Egon, Fürst zu Fürstenberg, gehört, trotzdem er in Donau-Eschingen regiert, zu den begeistertsten Napoleonverehrern, er widmet ihm sogar seine Büchereikataloge. Er war zu der Zeit, als er dem fran-

der nächsten Hütte zu vertriehen. Einem Frommen im Morgenlande wären sie Zoroasters Jünger gewesen und er hätte ein gläubig Gebet zur Ehre seines nebelhaften Propheten emporgesandt. Aber ein Mensch unserer Zeit würde gar nichts sehen, denn macht das Bild dieser vier nicht gerade den Kern unserer noch dunklen Religion aus? ...

Und der Schnee legte sich ihnen auf Rücken und Knie, brückte die breite Krampe ihrer Hüte nieder und taute vor dem Feuer, aber sie spürten es nicht. Ihr Schlaf war allzu tief und zu schwer.

### Im Haus der Holzhauser.

Der Winter war gekommen. Die große Mühle oben im Wald war ununterbrochen im Gange. Jan freute sich und war doch wieder unruhig; denn einer der Mühlsteine wollte aus Mangel an Leuten noch immer nicht gehen. Dieser tote Punkt war die Arbeitsstelle im Norderdamm — ein Zwilling von dem am Sennbergsee — und nicht weiter davon entfernt, als man bei klarem Wetter einen Hund bellen hört — aber bis jetzt war noch nicht der kleinste Stamm von dort gekommen.

Hierüber grübelte Jan an einem schneeeigen Tage, während er rastlos in seinem Kontor auf und ab wanderte, die Hand an der Stirn und in dem einen Mundwinkel die Zigarre, die ihm längst ausgegangen, ohne daß er es bemerkt hatte.

Schließlich nahm er die Klingel und schüttelte sie wie toll, wobei er nach der Tür sah, die augenblicklich aufging, um sich sogleich wieder hinter Per Berja zu schließen. Der Mann trat geräuschlos an Jan heran, verneigte sich zweimal tief und sah hernach heimlich nach den Augen, wie ein Hund tut, der seinen Herrn mehr fürchtet als liebt hat.

Jan ging darauf nach dem Schreibtisch, holte ein zu sammengefaltetes Papier, trat wieder auf Per Berja zu und sah ihn durchbohrend mit seinen finsternen Augen an. Schließlich kam es: „Du nimmst dies Schreiben, spannst den Schwarzzen an, fährst nach dem Sennberg und teilst den Leuten den Inhalt mit. Schnell, sofort aber!“

Per Berja nahm das Papier, verneigte sich wieder demütig und ging leise hinaus, ohne nur ein Wort zu sagen.

Auf der Pritsche aus Fichtenzweigen saß Per Berja und trank Kaffee, während das entfaltete Papier von Mann zu Mann in der Barade rund ging und so eifrig gelesen wurde, daß es ganz fettig und zuletzt vollkommen schwarz wurde.

„Gut abgepaßt, heut' haben wir ja Zeit, die Sache zu bedenken“, sagte einer; „der Inspektor will's wahrnehmen, wo uns das Schneetreiben drängen ein P' davor jetzt.“ (Fortsetzung folgt.)



... Kaiser huldigte, Generalleutnant und Flügeladjutant des Großherzogs von Baden.

Der Baron von Eisenbecher, alter Diplomat und Offizier, Bruder des bekannten Bundestagsgegnerten, schreibt Napoleon III., daß er sich sehne, Franzose werden zu dürfen. Er schreibt: „Leider bin ich nicht reich genug, um in Paris, welches sehr teuer ist, meinen Wohnsitz aufzuschlagen, zu diesem Grunde wage ich Eure Majestät zu bitten, mich an Ihren Dienst zu attachieren. Ich bin Ihnen schon so lange ergeben und das Verlangen, Ihnen zu dienen und Ihnen meine unabänderliche Hingabe zu beweisen, ist in meinem Herzen niemals entschiedener gewesen.“

Das ist deutscher Patriotentum. Der Baron W. von Paleske, Homburg, Sohn eines Mitgliedes des Berliner Herrenhauses, weiß, was er als Preuze wert ist, er pumpt deswegen Napoleon III. um 40 000 Franken an. Napoleon gibt aber nichts. Seitdem war natürlich der Herr Baron Franzosenfeind.

Der Musikchef der Königl. Garde-Grenadiere zu Berlin, Gottfried Pfeife, schickt Napoleon mit einem Huldigungsbrief sein Album voll Militärmusik.

Der Kgl. preussische Rat und Professor Dr. Nakeburg zu Berlin hat einen zweihändigen Schmöker über den Insektenfraß in preussischen Wäldern geschrieben, er schickt sein Werk an Napoleon und fügt hinzu, er habe seine Arbeit in der Hoffnung unternommen, daß Frankreich aus den von ihm gegebenen Aufschlüssen ebenfalls Nutzen ziehen würde. Dieser preussische Professor wollte natürlich aus dem Schreiben ebenfalls Nutzen ziehen. Er bekam nur einen Dankbrief und sah seitdem nur noch auf schwarz-weiß gestrichenen Stühlen.

Die Madame von Kleith, Witwe von Trestow, gehorene von Mantuffel (eine Dame mit drei altpreussischen Namen!) bietet Napoleon aus Belgrad ein Toilettenecessaire an, das ihr jetziger Schwiegervater 1815 aus der Kutische Napoleons I. geklaut hat. Die Madame von Kleith will nur 15 000 Franken für die Haarbürsten, sie bekommt sie aber nicht.

Die Beispiele lassen sich bis ins Unendliche vermehren. Wir wollen zum Schluß nur noch einen preussischen Professor und großen Geschichtsschreiber erwähnen. Es ist Heinrich von Sybel, der als Mitglied des norddeutschen Reichstages an den Oberkammerherrn Napoleons III. schreibt, daß er heiß danach verlange, seinen Pariser Aufenthalt dazu zu benutzen, seiner Majestät Huldigungen darzubringen.

Nachdem er in französischen Archiven einen Brief von Bonaparte gefunden, schickte er seine Abschrift an den Kaiser der Franzosen, als ein schwaches Zeugnis der tiefen Erkenntlichkeit, von der er beseelt ist. Solch Mannesstolz deutscher Geschichtswissenschaftler ist der beste Boden für Orden dritter und vierter Klasse.

Genug von diesen teutschen Patrioten, die zum Erbfeinde betteln und pampeln gehen, die mit ihm Geschäfte machen und bei ihm schweifwedeeln wollen. Man bleibe uns mit dem Wort Patriotismus vom Halse. Er ist ja doch nur eine Geschäftsangelegenheit. In kriegerischen Zeiten für die Notwendigkeit internationaler Völkerverständigung einzutreten, wie es jetzt in dem die deutsch-französische Parlamentarierkonferenz nun wird, das ist wirklicher Patriotismus und echte Vaterlandsliebe.

### Aus der Partei.

Internationale Solidarität. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Österreich hat die Friedens- und Sozialdemokratischen Fraktionen der russischen Reichsdeputierten mit einem überaus herzlichen Schreiben beantwortet, worin er versichert, daß gleich den russischen Genossen auch die österreichischen alle Kraft aufwenden, um die Opferung von Proletarierblut für Diplomatenummheiten zu verhindern.

### Gewerkschaftsbewegung.

Streiks in der Brauindustrie. In Sonneberg in Thüringen streiken seit dem 2. Mai die Brauereiarbeiter, weil die Brauereien keinerlei Zugeständnisse auf die eingereichten Tarifforderungen machen wollen. Die Brauereien gehören der Koburger Vereinigung an und schühen vor, ohne Erlaubnis der Vereinigung nicht unterhandeln und auch keine Zulagen machen zu können, und diese Erlaubnis wäre ihnen von der Vereinigung, in welcher die rückständigen Unternehmer von Koburg, Giesleben usw. dominieren, nicht gegeben. Auch in der Brauerei Drth in Kaiserslautern haben am 2. Mai von 46 Beschäftigten 42 die Arbeit niedergelegt. Herr Drth hatte bei einer früheren Verhandlung mit den Organisationsvertretern Zugaben gemacht, die er jetzt nicht mehr anerkennen wollte. Die Arbeiter streben einen Tarifvertrag an, der in Kaiserslautern noch nicht besteht.

Wer sein Recht sucht — siegt! Es ist nichts Neues, daß die Arbeiter, die es wagen, ihre Rechte zu wahren, von den Unternehmern glatt auf die Straße gesetzt werden. Diese Praxis ist so verbreitet, daß man sich jetzt schon nicht mehr scheut, offen vor Gericht auszusprechen: Wer sein Recht geltend macht, wird rausgeworfen. Die große Ziegelei Otto in Zwidau hatte 16 Arbeitern für das Ausfahren der in den Aprilfröhen jetzigen Ziegel einen so geringen Akkordlohn nachträglich festgesetzt, daß die Arbeiter noch beträchtlich unter dem Stundenlohn entlohnt wurden. Als der Angeklagte des Fabrikarbeiterverbandes, nach erfolgloser Intervention zu Gunsten der Arbeiter, in deren Namen die Klage beim Gewerbegericht eingereicht hatte, setzte der Inspektor der Firma die Leute die Kündigungspistole auf die Brust und suchte sie zum formellen schriftlichen Verzicht auf ihre Forderung zu bewegen. Er erreichte aber nur bei einem sein Ziel. Die anderen erhielten darauf ihre Kündigung. Vor dem Gewerbegericht jagte der Inspektor dem Vertreter der Kläger, um diese zur Zurückziehung der Klage zu bringen: „Ich habe den Leuten gekündigt, sie haben aber darauf erklärt, daß sie sich lieber zufrieden geben und weiter arbeiten wollten.“ Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er nur bei einem Mann damit Erfolg gehabt hätte, daß aber die übrigen 15 noch auf ihr Recht bestanden, antwortete er: „Die stehen schon in Kündigung und wenn die Leute ihre Klage nicht zurückziehen, dann müssen sie aufhören.“ Als schließlich auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Vergleich auf Widerruf erfolgte, der den Arbeitern einen Teil ihrer Forderungen erfüllte, und dafür die Kündigung wieder aufgehoben, versuchte der Inspektor durch nochmalige Drohung mit Entlassung der Kläger deren Vertreter zu zwingen, die Arbeiter zur Annahme des Vergleichs zu drängen: Wenn der Vergleich widerrufen wird, werden die Leute entlassen. Dieses Verfahren beleuchtet so recht die brutale Gewalt, die der Unternehmer gegen den Arbeiter ausüben kann. Wenn die Arbeiter durch Androhung des

Streiks den Unternehmer zur Erfüllung von Lohnforderungen zwingen wollen, werden sie wegen Erpressung bestraft.

Ein korrigiertes Urteil. Der Appellgerichtshof des Distrikts Columbia hat das Gerichtsurteil der unteren Instanz aufgehoben, welches Samuel Compers, Franc Morrison und John Mitchell, die Führer des amerikanischen Arbeiterverbandes, wegen Nichtachtung des Gerichts schuldig gesprochen hatte, weil sie die Namen der Buks-Stove and Range-Gesellschaft in St. Louis auf die von dem Verbands vor mehreren Jahren herausgegebenen schwarze Liste gesetzt hatten. Die Strafen wurden demgemäß ermäßigt bei Compers von einem Jahr Gefängnis auf 30 Tage, bei Morrison von sechs Monaten auf eine Geldstrafe von 500 Dollars und bei Mitchell auf 500 Dollars. Der Obergericht, der diese abweichende Ansicht vertrat, drückte seine Meinung aus, daß das Urteil der unteren Instanz abgeändert werden müsse. Dies glaubt man, werde den weiteren Berufungen den Weg öffnen.

### Aus der Jugendbewegung.

Schärferes Vorgehen gegen die Arbeiter-Jugend ist jetzt auch in Baden zu bemerken. In Offenburg gab das Bezirksamt zur Maifestversammlung, in welcher Landtagsabg. Gen. Ab. Geel sprach, die Jugendlichen zu entfernen. In Schopheim, an der badisch-schweizerischen Grenze, wurde dem Landtagsabg. Gen. Müller eröffnet, daß der geplante Maifestzug politischen Charakter trage und deswegen Kinder und Personen unter 18 Jahren an dem Festzuge nicht teilnehmen dürften. Die Kinder hätten ev. Schulstrafen zu gewärtigen. Die vom Minister des Innern getroffene Anordnung ergehe im Einverständnis mit dem badischen Unterrichtsministerium.

### Soziales.

Der Gehehentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, den der Staatssekretär des Innern in den letzten Jahren mehrfach angefündigt hat, ist dem Reichstag doch nicht mehr in der Frühjahrstagung vorgelegt worden. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat daher soeben eine umfangreiche Materialsammlung über die Sonntagsarbeit in Kontoren und Läden herausgegeben, die den Erlaß jenes Gesetzes beschleunigen soll. Darin wird mitgeteilt, daß selbst mittlere und große Gemeinden von dem Recht, die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe ortsgesetzlich zu beschränken, keinen Gebrauch gemacht haben. Als solche Gemeinden werden genannt: Altenburg, Altona, Dessau, Dortmund, Essen, Geseke, Mühlhausen, Gotha, Greiz, Hamburg, Rastow, Sebe, Ubeck, Münst., Oberhausen, Oldenburg, Ratibor, Recklinghausen, Rudolstadt, Schwerin, Suhl, Tilsit, Wandsbeck. Doch ist diese Aufzählung keineswegs vollständig; die bezeichneten Orte werden in der genannten Schrift des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen nur als Beispiele aufgeführt.

### Aus dem Gerichtssaal.

Der Adversität vor dem Kriegsgericht. Der Festungsgangene Wilhelm Lang in Köln ist seit seiner Einstellung beim Militär dreimal wegen qualifizierten Ungehorsams zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt worden, weil er sich andauernd weigerte, von Freitag abends bis Sonnabends abends Dienst zu tun, da ihm keine religiöse Anschauung dies verbiete. Da er sich nicht besserte, stand er jetzt wiederum wegen Ungehorsams in fünf Fällen vor dem Kriegsgericht in Köln. Als der Vorsitzende ihm vorhielt, daß er doch einmal an einem Sonnabend gearbeitet habe, erklärte der Beschuldigte, er habe einmal probieren wollen, ob sein Gewissen ruhig bliebe, wenn er arbeite. Er habe dies aber auf die Dauer mit seiner Religion nicht für vereinbar gefunden. Zugunsten des Angeklagten hielt das Kriegsgericht eine fortgesetzte Handlung für vorliegend und erkannte daher auf vier Wochen strengen Arrestes. Der Vorsitzende betonte, daß nach § 48 des Reichsmilitärstrafgesetzbuches die Strafbarkeit einer Handlung nicht dadurch ausgeschlossen werde, daß das Gewissen oder die Vorschriften seiner Religion das Verhalten des Täters für geboten erachtet hätten. Er müsse gehorchen, und wenn er das nicht tue, werde er bestraft. Der Angeklagte wisse ganz genau, daß seine Religion ihm keineswegs vorschreibe, die Arbeit unter allen Umständen zu verweigern, sondern sie sage, jeder solle das mit seinem Gewissen ausmachen. Es gebe eine große Anzahl Adventisten in der Armee, die durchaus religiös seien und trotzdem Sonnabends ihren Dienst verüben. Wenn diese Gehorsamsverweigerungen nicht bestraft würden, dann dauere es nur eine kurze Zeit, und es gäbe hunderttausende von Adventisten in der deutschen Armee. — Der Mann scheint eine Ahnung zu haben.

Der Schuß des § 193 des Strafgesetzbuches. In Frankfurt a. M. hatten zwei Ärzte gegen den Redakteur der Frankfurter Arztkorrespondenz wegen Beleidigung Strafantrag gestellt. Amtsgericht und Schöffengericht haben die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. In dem Beschluß heißt es: „Der inkriminierte Artikel ist von dem Angeklagten als Redakteur der Frankfurter Ärzte-Korrespondenz in diesem Blatte veröffentlicht worden, das als offizielles Organ des Frankfurter ärztlichen Vereins gilt. Einem derartigen Organe muß eine Kritik über solche aufsehenerregende Vorgänge, wie es der Fall Spöhr war, zustehen. Die gegen diesen Artikel läßt aber auf die Absicht des Angeklagten, die Kläger zu beleidigen, nicht schließen. Den Vorwurf grober Pfländerverletzung konnte der Angeklagte zur Zeit des Erscheinens der Artikel für berechtigt halten und durfte ihn also in der Besprechung der Angelegenheit erheben, selbst wenn er sich, was noch dahinsteht, in dem eingeleiteten Strafverfahren gegen Spöhr und Gen. nicht als schuldig erweisen sollte. Es würde dann dem Angeklagten der Schutz des § 193 Str. G. B. zustehen.“ — Gegen sozialdemokratische Redakteure ist oft ein anderer Standpunkt eingenommen worden.

### Aus Nah und Fern.

Die Wehrorlage und der 1912er Wein. Ein Weinhändler von der Mosel hat einen neuen Weg gesucht, seine Berufsschmerzen dem Gesetzgeber wirklich vorzutragen: er wendet sich an die Budgetkommission mit einer Bittschrift, die angeblich Vorschläge für die Deckung der Kosten der Heeresvorlage bringt. Wir geben aus der Petition die Hauptstücke wieder: „Nicht alle Stände erfreuen sich einer sorgfreien Gegenwart. Viele sind schwer gedrängt und ganz besonders der Stand, dem ich angehöre, nämlich der Weingroßhandel an der Mosel. Das Geschäft geht hier erbärmlich schlecht. Eine Menge, ganz besonders die 1912er Saarweine und die kleinen 1912er Weine anderer Gebiete sind auch unter voller Anwendung der vom Reichstag gestatteten Verbesserung oder, wie die Puristen sagen: Verbesserung, konjunkturfähig geblieben. Fast sämtliche 1912er Saarweine sind trotz aller Lobprüche, welche man deren Bemühen mit auf den Weg gibt, und trotz eines Preises, der sich unter dem des Einkaufes bewegt, nicht an den Mann

zu bringen. Ich habe circa 80 000 Liter 1912er Saarweine, die den Schrecken meines Daseins bilden, und ich wollte hiermit ergebenst bitten, geneigtst in Erwägung ziehen zu wollen, ob es sich nicht ermöglichen ließe, einen Teil wenigstens der Heeressteuer in Naturalien zu begleichen. Dieser 1912er Saarwein, den ich der hochverehrlichen Kommission in zwei Flaschen zu benuttern mit gestellte, könnte unter Umständen eine ungeheure Wirkung erzielen. Das Geheimnis läge darin, daß man dieses Erzeugnis für das deutsche Heer auftaube und ihm im Falle des Zurückweichens vor dem Feinde zur Strafe diesen Galereenwein wie ich ihn hiermit taufen möchte, trinken zu müssen in Aussicht stellte. Es wäre sicher, daß die Lösung unserer Tapferen bei einer solchen Aussicht nur die sein könnte: „Stegen oder fallen!“ Sollte indes die hochverehrliche Kommission für ein solches Schreckensregiment nicht inklinieren, so hätte ich einen zweiten Vorschlag, und der wäre der, dem hohen Reichstag nahe zu legen, zugunsten der Heeresvorlage auf Diäten zu verzichten und statt dessen mit 1912er Saar- und kleinen anderen Weinen sich auslösen zu lassen. Ich gebe meinen Vorrat 10 Prozent unter Einkaufspreis ab, bin also noch genügsamer als die bescheidenen Berliner Einkaufszentrale, welche allerdings unter allerlei knifflischen Zutaten sich mit 10 Prozent über Einkaufspreis begnügt. Auch dieser Vorschlag hätte seine besonderen Vorzüge, obgleich er nicht so radikal wirkt wie der erstere. Zunächst würden wir unsere Weine los; die Herren Reichsboten können sich die Bescherung ihrer weintechnischen Weisheit auf einmal so recht zu Gemüte führen, was vielleicht zur Folge haben dürfte, ein demnächstiges Weingesch so zu verabschieden, daß auch der Konsument, der noch über einen guten Geschmack, aber schlechten Magen und nicht allzu großen Geldbeutel verfügt, noch zu seinem Recht käme! Ich stelle hiermit gern anheim, wenn die gesandten zwei Probeflaschen nicht genügen, für jeden der Herren der hochverehrlichen Budgetkommission eine Flasche zu übersenden, wenn solches beliebt wird. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß dieser 1912er Saarwein gewonnen ist aus Rieslingstrauben, die sonst nur hellgrüne Weine ergeben. Die ziegelrötliche Farbe kann wohl die Deutung zulassen, daß der „König der Könige“ zur Abwechslung auch einmal an Rot sein Wohlgefallen findet.“ — Der Vorschlag, die Diäten der Reichsboten durch 1912er Wein abzulösen, erscheint uns sehr annehmbar, nach dem alten guten Wort: Wie die Arbeit, so der Lohn!

Ein „Attentat“ auf den Großherzog von Baden. Als der Großherzog von Baden am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr, von Karlsruhe kommend, in Mannheim eintrat, und im Begriff war, zum Rennplatz zu fahren, sprang ein Mann auf das Trittbrett des Wagens. Der Großherzog stieß ihn selbst vom Wagen herunter. Der Mann heißt Anton Jung, ist 43 Jahre alt und Vater von 7 Kindern. Bei seiner polizeilichen Vernehmung gab er an, Anarchist zu sein: man habe ihn brieflich aufgefordert, das Attentat zu begehen. Der Verhaftete ist seit etwa 14 Tagen arbeitslos, seine Familie bezieht Armenunterstützung; er war wiederholt wegen großer Erregung im Krankenhaus. Zu dem Vorfall wird uns aus Mannheim noch gemeldet: Anton Jung war noch nie in der sozialdemokratischen Partei organisiert, auch gehört er keiner Gewerkschaftsorganisation an. Die Polizei meldet zwar, Jung sei Anarchist; doch ist auch das nicht wahr, denn wie unsere Mannheimer Parteigenossen feststellten, gehört Jung keinem Verein an. Er liebt auch keine Zeitung. Zu dem Vorgang berichtet die Polizei: Jung habe bei seinem Sprung auf das Trittbrett des Wagens ein Messer in der Hand gehabt. Der Vorsitzende des badischen Rennvereins teilte aber auf dem Rennplatz den Pressevertretern mit, daß der Großherzog seiner Umgebung erklärt habe, kein Messer gesehen zu haben. Die Presse sollte den Fall nicht aufbauschen. Der Großherzog war bis gegen 6 Uhr auf dem Rennplatz, bis 10 Uhr im Theater und fuhr dann nach Karlsruhe zurück. Er maß also dem Vorfall selbst keine Bedeutung bei. In Karlsruhe wurde wahrscheinlich aus amtlichen Quellen bekanntgegeben, daß Jung ein Messer in der Tasche gehabt habe, zu dem er habe greifen wollen, wenn seine Bittschrift zurückgewiesen worden wäre. Ob Jung eine Bittschrift in den Händen hatte, konnte noch nicht festgestellt werden. Als der Großherzog ihn vom Wagen stieß, hielten ihr einige Leute, bis ihn ein Polizist fehmahm. Der Vorfall wurde kaum beachtet. Daß das Publikum Jung lynchen wollte, ist nicht wahr. Jung ist ein dem Ernste ergebener Mensch; der Verein für Trinkerfürsorge hat ihn in seiner Liste. Auch am Sonntag ging er von zu Hause in ruhigem Zustande fort. Wegen Tobichtsankfälle war er wiederholt in ärztliche Behandlung gebracht worden — Krankenhaus Mannheim und Irrenanstalt Heidelberg. Die Ärzte vom Krankenhaus Mannheim halten ihn für einen leicht erregbaren, unzurechnungsfähigen Menschen. Die Familie Jung, Frau und sieben Kinder — das achte Kind wird erwartet — befinden sich in größter Not. Jung erlitt seinerzeit beim Militär einen Sturz, von welcher Zeit ab er geistig minderwertig ist.

Vom elektrischen Starkstrom getötet. Das Opfer einer unheimlichen Wette ist bei Würzburg der Detonom Andreas Schmid geworden. Während ein Waitour kletterte er im Walde bei Würzburg an einem Leitungsmast der Überlandzentrale empor und wurde vom Starkstrom getötet. Er hatte im Übermut gewettet, seine Zigarre am elektrischen Licht anzubrennen zu können.

Blitzschlag. Während eine Wiener Touristengesellschaft vor einem Umwetter in der Scheibwaldbühne auf der Rax Schutz suchte, schlug der Blitz in die Mitte ein. Zwei Touristen wurden von einer tiefen Bewußtlosigkeit befallen, aus der sie bis 6 Uhr abends noch nicht erwacht waren. Zwei Damen sind schwer verbrannt worden.

Schwere Bootsankfälle. Sonntag mittag gerieten sechs Bedienten des Schloßgutes Ried am Ammersee, die sich auf einer Bootsfahrt von Diefen nach Ried befanden, in einen Sturm. Das Boot kenterte. Die sechs Leute ertranken. Die Leichen sind bis jetzt noch nicht geborgen worden. — Bei Paulanne kenterten fünf junge Männer und ein Mädchen, die nachts vom Tanz zurückkehrten, mit einem Ruderboote. Zwei Männer retteten sich durch Schwimmen; die übrigen vier tranken.

Risiko der Bauarbeit. In der Sabino Suzafraße in Rifabon ist ein Neubau zusammengeknirscht. Drei Personen sind tot, zwei schwer, zwei leicht verletzt.

2000 Häuser in Hakata niedergebrannt. In Hakata in Nordjapan ist ein großes Feuer ausgebrochen. Über 2000 Holzhäuser sind niedergebrannt, und zahlreiche Personen wurden verletzt. — Auch in Northcote auf Neuschottland hat ein Brand gewütet. Das ganze Geschäftsviertel der Stadt Northcote am Kap Breton ist bis auf vier Häuser durch Feuer zerstört worden, der Schaden wird auf 200 000 Dollars geschätzt. Eine Frau ist ums Leben gekommen.

Das Auto ist los. In der südlichen Friedrichstraße in Berlin verlor gestern nacht ein Auto-Chauffeur die Steuerung. Der Wagen rannte in eine der großen Fensterheben des Konzert-Cafés Trocadero. In der Verwirrung sprang der Chauffeur ab, ohne den Motor abzustellen. Führerlos kante der Wagen weiter, übertraf den am Eingang stehenden Portier, der ärztlichen Beistand auf der nächsten Unfall-



statten anführen mußte. Der Wagen drehte sich dann und zertrümmerte auch die zweite der großen Fensterscheiben. Ein Herr und eine Dame wurden durch Glassplitter verletzt. Das Auto konnte erst zum Stehen gebracht werden, nachdem es an einer Säule mitten im Café festgefahren war.

**Todesflur.** Der japanische Flieger Takaishi ist bei einem Schauluge auf der Kolonialausstellung in Osaka unglücklich.

## Standesamtliche Nachrichten

vom 27. April bis 3. Mai 1913.

### Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

20. April: Arbeiter C. H. J. Tretow, 21. Gäbler J. Th. G. Willendorf, 24. Schugmann H. C. N. Schulz, Arbeiter G. L. W. C. N. Sarikädt, 25. Stauer A. C. J. J. Eißler, 26. Hausmeister W. J. L. Lüth, 27. Hafnarbeiter F. N. Junfer, Arbeiter M. F. D. Pries, Tischler J. F. G. Busch, 28. Bohrer W. C. Schöbel, Maurer D. F. J. Blog, 29. Musikleiter im Infanterie-Regiment Nr. 175 (zu Graudenz) H. F. R. J. W. Behrens, 30. Direktor C. C. N. Häcker.

1. Mai: Eisenbahnarbeiter J. B. Hilbig, Zigarrenmacher H. O. Schmidt (Schwattau), Steinbrucker G. F. D. Jankel, 2. Tapezierer und Dekorateur J. N. P. F. Nießchmann, Tischlermeister H. F. L. Hanke.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

20. April: Meierist H. W. A. Wendt, 22. Schiffskapitän A. C. M. Kuge, 23. Träger C. W. J. Drenkhahn, Gastwirt C. E. L. Kreuzfeldt, 24. Geschäftsfreier P. R. G. Bätel, Arbeiter C. S. W. Beckh (Wadelügg), Bäcker C. A. F. Wilken, Oberlehrer W. D. Uhlmann, 25. Werftarbeiter C. J. M. Praach, 26. Kaufmann H. R. F. Fischer, Bezirksfeldwebel J. W. Jacobien, 27. Buchbinder C. S. J. G. Oechl, Bierführer H. A. W. Jaack, Schneider H. M. W. J. Witt, Schneider W. J. G. A. Neßl, 28. Arbeiter W. G. A. Hartung, Arbeiter C. W. M. Stieger, Hafenarbeiter H. W. B. Schwarz, 29. Heizer A. Rogowski, Arbeiter H. F. M. Schleiß, 30. Bureaugehilfe beim Polizeiamt C. H. F. Koop, Arbeiter B. S. K. Bumann.

1. Mai: Maurer A. J. Stenke, Kaufmann J. L. W. Eack, 2. Konditorgehilfe C. L. Schroeder.

### Ungeordnete Aufgebote.

28. April: Schmidt R. F. G. Grünmacher und A. A. M. Schmidt, Peter A. F. Fendt und A. D. W. Kugel, 29. Technischer Eisenbahn-Betriebssekretär J. B. Rasmussen und H. F. C. Weithal, Obermaschinenmaat J. G. Baue in Wilhelmshaven und A. W. A. Schwart, Kunstgärtner K. F. L. Krone und W. M. S. Albrecht in Wismar, Schneidersmeister J. D. W. Parg und C. E. D. Pank in Gadebusch, 30. Kaufmann H. Scharde und M. A. Grimm, Vot H. F. W. Müller und A. D. M. Mull, Schmied O. F. R. Matthes und A. D. S. Hensagen in Torkorfer-Steinfurt.

1. Mai: Handlungsgehilfe C. Chr. L. Tübe und M. W. L. Hein in Gressow, Seemaschinist K. R. Böhm in Wismar und A. M. S. Mundt, Seemaschinist M. Chr. D.

A. Schröder und G. A. M. Neßfen, Maurergehülfe D. A. A. Götte in Mendorf in Lüb. und R. S. L. Schulz, Arbeiter S. A. F. Radloff und G. J. M. Malmgren, B. Arbeiter H. F. G. Bühring und M. D. K. Griesje, Eisenbahnassistent A. W. J. Reich und F. D. L. Foblan in Ahrensburg, Prokurist O. Th. K. L. Siegfried und M. R. S. Meyer in Hannover, Kassineur G. F. C. Sieg in Hamburg und F. L. M. Stelaf.

### Eheschließungen.

20. April: Maschinenbauer C. F. H. R. G. Behrenbeck und A. W. M. Möller, Uhrmachermeister L. F. Behnfeldt und M. C. S. Schröder, Dumorist H. L. M. Licht und L. F. Rappenberg, Lagermeister W. A. K. Köster in Flensburg und B. A. Hilahn geb. Klein, Kellner C. A. Laß und L. W. D. Hoff, 30. Arbeiter H. R. H. Tamm und M. M. J. Wehde, Eisenbrecher R. Sobik und L. W. S. Jäger, Ratssassessor Doktor der Rechte D. G. Golditz in Olbernhau und C. L. Wortmann in Hamburg, Eisenbahnarbeiter H. F. H. Lankau in Schönböden und J. R. M. Lübbe in Grewesmühlen, Tischlergehilfe J. W. Heisterling und M. Wirtner.

2. Mai: Referendar Doktor der Rechte D. J. C. Hoffmann in Bergedorf und B. S. E. Manaels, 4. Lagermeister J. A. A. Paap und D. S. S. Florke, Chauffeur H. S. Bogt und B. F. M. Schmidt, Kaufmann H. A. Ehlers und M. W. Meyer, Stultkater G. F. Berger und A. L. M. Kohrs, Schmiedegehülfe B. Hörgenien und B. Fischer geb. Krauß, Schlossergehülfe C. A. A. Schröder und A. C. Fuhr, Fensterputzer J. D. Hamann und D. A. D. Frost.

### Sterbefälle.

25. April: Gutsinspektor M. C. J. Ehrenstein, 45 J., Bredendorf, 26. J. D. M. C. Döhrmann, 44 J., R. W. geb. Ahrend, Witwe des Zimmermanns H. J. Chr. Gundlach, 72 J., Ein totgeb. Knabe, B. weil. Arbeiter F. J. G. Unruh, M. M. L. geb. Wegner, Witwe des Rentners C. A. Goers, 74 J., Schiffszimmermann C. L. F. Bohm, 65 J., Chr. S. get. Friedrücken, Witwe des Kaufmanns F. C. S. Wetischer, vorher verwitwete Schmal, 56 J., 27. C. M. J. geb. Jemert, Ehefrau des Müllers J. Chr. Gaars, 78 J., F. E. M. Steinbring, 5 J., D. D. C. Neßfen, 7 Mt., Privatmann H. Chr. W. J. Hartmann, 73 J., Schlosser B. Chr. M. H. Red, 55 J., M. S. L. geb. Granz, Ehefrau des Schneiders J. G. W. Oldorp, 36 J., 28. Früherer Müllermeister W. H. J. Rauch, 68 J., M. A. geb. Steinhagen, Witwe des Arbeiters J. D. Wietmann, 63 J., Müller H. J. F. Detmann, 44 J., Ein Knabe, 8 Stunden, B.: Arbeiter M. J. D. Pries, 29. W. D. Keimers, 9 Mt., D. K. F. Einfeldt, 5 Mt., Ein totgeb. Knabe, B.: Schlosser C. W. A. Emerz, 2. M. C. geb. Reineke, Ehefrau des Gartenarbeiters J. D. Chr. Wittfoot, 78 J., D. C. K. C. Stötting, 8 Mt., B. W. B. Buszicha, 4 Mt., D. F. D. Jöhnt, 6 J., 30. Lehrer J. F. Schulze, 55 J., W. R. W. F. Tretow, 10 J., W. H. D. Schwarz, 2 J., W. B. L. Göbel (ohne Beruf), 24 J., H. B. J. Meyer, 8 J.

1. Mai: A. Thuelen, 1 J., G. M. Gleising, 2 J., 2. Zwei totgeb. Knaben, B.: Straßenreinerer J. J. Ketels, Früherer Stelmacher A. H. A. Zörber, 61 J., A. L. C. Kreuzfeldt, 1 J., F. W. F. S. Peters, 3 Mt., Kaufmann C. J. D. Grube, 51 J., D. C. W. geb. Kähler, Witwe des Arbeiters H. D. A. Hötcher, 75 J., A. J. C. Meißter,

10 Mt., J. M. Steen, 18 J., B. F. W. Chr. Köhler, 6 J., C. A. S. Mengel, 8 Mt., C. S. Chr. geb. Mayer, Witwe des Gärtners J. F. Strund, 82 J.

## Genossenschaftsbewegung.

Der Kleinhandel und der Genossenschaftsgedanke. Man kann heute nicht mehr allgemein die Behauptung aufstellen, der Kleinhandel stehe dem Gedanken genossenschaftlicher Organisation vollkommen ablehnend gegenüber; wenigstens so weit der Kleinhandel selbst in Betracht kommt, weiß er heute schon hier und da den Wert genossenschaftlicher Arbeit richtig einzuschätzen. Das hindert ihn dann leider aber nicht, den lieben Nächsten einen argen Sünder zu nennen, sofern er vom Genossenschaftswesen als Förderin wirtschaftlicher Interessen die gleiche Meinung hat wie der Kleinhandel. Die Bremer Kammer für Kleinhandel redet beispielsweise in ihrem Jahresbericht mit Stolz über den Fortschritt der Organisation des Kleinhandels und spricht die Erwartung aus, daß der deutsche Detailhandel sich zu einer geschlossenen Macht zusammenfinden möge. Gleichzeitig erfährt man aber, daß die Bremer Kammer für Kleinhandel der Meinung ist, die Konsumenten möchten nicht nach Mitteln Ausschau halten, bei deren Anwendung die schlechtesten Zeiten etwas verbessert werden können. Die Kammer erwartet von der allgemeinen Einsicht, „daß in ungewöhnlichen Zeiten von dem einzelnen auch einmal ungewöhnliche Leistungen resp. Entbehrungen verlangt werden können“. Fällt dann einmal etwa von Regierungskreise eine Anweisung, die den Detailisten die entfernte Möglichkeit bietet, sie als Empfehlung der Selbsthilfsbestrebungen der Konsumenten zu deuten, so wird den Regierungskreisen gehörig der Text gelesen. Die Bremer Kammer für Kleinhandel bedauert es lebhaft, daß der Reichszentraler „durch Befürwortung einer Uebernahme der Lebensmittelversorgung durch Kommunen den vielfachen Versuchen einer Ausschaltung des Zwischenhandels eine Art Begünstigung gegeben hat“. Die ganze Aufregung nur deshalb, weil der Reichszentraler einmal ein paar Bemerkungen machte, die ganz gewiß nicht der Ausschaltung des Zwischenhandels das Wort redeten.

Auf den Zusammenschluß der Konsumenten ist also die Kammer für Kleinhandel in Bremen nicht gut zu sprechen. Nur keine Versuche der Konsumenten, den Schäden des Wirtschaftslebens durch gemeinsame Arbeit entgegenzutreten! Eigentlich wäre der Standpunkt der Bremer Kammer für Kleinhandel etwas sonderbar zu nennen, wüßte man nicht, daß im Punkte Logik unsere Kleinhändler nicht gerade die stärksten Leute sind. Vor allen Dingen predige man doch nicht Entschaltung, wo man für sich selbst nicht gewillt ist, auch nur auf das Geringste dessen zu verzichten, was der Zusammenschluß im Wirtschaftsleben zu bieten vermag.

### Briefkasten.

B. 2. Die Statuten der „Volksfürsorge“ harren noch immer der endgültigen Genehmigung des Aufsichtsamtes.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Ein kleines Sofa

billig zu verkaufen  
2559) Wahnstraße 40, III. r.

3 helle Kleider für 11-12jähr.  
1 kurze Turnhose, 1 g. Fußball-  
Schiefel, Nr. 38, billig zu verkaufen.  
zu sehen nach 6 Uhr.  
2561) Güterstraße 57, II. hinten.

## Gr. gut erhaltenes Sofa

zu verkaufen  
2558) Zwickelstraße, Dorfl. 30.

Für ausgefallene Haare nicht  
bedeute Preie (2557) Neudorfstr. 4.

## Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage  
empfehlen  
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nach  
gefordert werden Ge-  
genstände aller Art, als: Mobilien,  
Koffer etc. im Lagerhaus u. Trede-  
nionsgeschäft Fißherger, 52. (184

## Käselager Huxstraße 83-85.

## Tüster Vollfett-Käse

auf dem Transport, während der  
Dige, gelitten (2559)

Stund nur 70 Pfg.

## Fett. Allgäuer Stangenkäse

Stund 50 und 60 Pfg.  
Auf diese Preise 5 % Rabatt.

## Tapeten-Reste

und vorjährige Muster  
zu ganz billigen Preisen.  
Schnell solange Vorrat.

## Adler-Drögerie Emil Hahn

Schwartzner Allee, Ecke Marienstr.  
Kaiserstraße, Ecke Adlerstraße.

## Kartoffelland

Stunde 25 und 40 Pfg.  
hat noch zu verkaufen. (2559)

## Karl Lahrtz, Bäckerstr.

14 16.

## Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Nideckstr. 44

alle Meiereiprodukte  
in bester Qualität.

Gehtes, welche Ueberlegen  
sich zeigen, werden geboten,  
25 Pfg. (255)

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

# Henrich Paternostermater

Ein dunkles Blatt aus der Lübeckischen Geschichte  
des 14. Jahrhunderts.

Von Theodor Schwarz. Preis 60 Pfg., geb. 1 Mk.

Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen.

## Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

# Cocosa

feinste Pflanzen-Butter  
Margarine

Bestes Butter-Ersatzmittel  
der Gegenwart-Wohlschmeckend  
nahrhaft und bekömmlich.  
Überall erhältlich  
Alleinige Fabrikanten: Holl-Marg.-Werke  
Jurgens & Prinzen, G.m.b.H.  
Goch (Rhd.)

## Stoffe und Reste

passend zu Damen- und Kinder-  
garderoben, werden billig zu Fabrik-  
preisen abgegeben.

3610 A. Studt, Kröhenstraße 18.

Unüberföhen  
wascht  
**Ragoda**  
Gegen Gutscheine bis Ende 1914  
auf 20 Pfg. 1 st. Doublee- oder  
goldplattierte Damen-Uhrkette  
220 usw.  
Schumann u. Wille, Wittenberge.

## Hans Köppen

Goldschmied  
und Graveur  
Lübeck  
1 Sandstraße 4.

## Die Arbeitsgarderoben

## Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —  
sind anerkannt preisw. u. haltbar.  
Zwirohosen . . 1.40 bis 3.50  
Pilotshosen . . 2.50 bis 5.50  
Maurerhosen . . 2.90 bis 7.50  
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50  
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00  
Klapp- u. Bauchhosen in allen  
Qualitäten.  
Trotz der billigen Preise  
rote Lubecamarken.

## Fahrrad- und

## Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden sachgemäß u.  
billig ausgeführt unter prompter Be-  
dienung. Email, Bernick, bill. u. gut.  
63) Carl Heynert, Lübeck,  
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.